

Eliten zwischen Alter und Neuer Politik

Konstanz und Wandel der Konfliktlinien in den Eliten der Bundesrepublik

1. Einleitung

In parlamentarischen Regierungssystemen wird den politischen Parteien zumindest normativ eine wesentliche Rolle bei der Artikulation und Aggregation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen zugeschrieben. Entsprechend ist die Diskussion darüber, inwieweit die Parteien diesem Anspruch in der politischen Praxis gerecht werden, ein Dauerthema journalistischer und politikwissenschaftlicher Analyse. Diese Frage wird für die Bundesrepublik immer wieder mit den unterschiedlichsten Argumenten positiv oder negativ beantwortet. Dabei stehen v.a. drei Problemkreise im Vordergrund.

Ausgehend von der These Lipset / Rokkans, nach der die Parteiensysteme der meisten westeuropäischen Länder seit der Herausbildung moderner Mitgliederparteien eingefroren sind¹, bezieht sich ein erster Diskussionsschwerpunkt auf die Frage, inwieweit sich hinter dem Fortbestand der alten Parteina-men Prozesse des Wandels und der Annäherung zwischen den Parteien verbergen. Veränderungen im Wählerverhalten, insbesondere dessen abnehmende sozialstrukturelle Bindung², die strukturelle Angleichung der Wählerschaften der großen Volksparteien³, aber auch eine in vielen Ländern zunehmende Wählerfluktuation⁴ deuten darauf hin, daß sich die früheren Unterschiede im Wählerpotential der traditionellen Parteien weitgehend eingeebnet haben.

1 Seymour Martin Lipset / Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments*, New York: Free Press 1967, S. 50 ff.

2 Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Max Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute, Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, S. 202; Kendall L. Baker / Russell J. Dalton / Kai Hildebrandt, *Germany Transformed*, Cambridge: Harvard University Press 1981, S. 170 ff., 283.

3 Hans-Joachim Veen / Peter Gluchowski, Tendenzen der Nivellierung und Polarisierung in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD von 1959 bis 1983, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 14. Jg. 1983, S. 545–555; Ursula Feist / Klaus Liepelt, Machtwechsel in Raten: Das Parteiensystem auf dem Weg zur Mitte, in: *transfer 2, Wahlforschung: Sonden im politischen Markt*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 48 ff.

4 Mogens N. Pedersen, Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948–1977, in: Hans Daalder / Peter Mair (Hrsg.), *Western European Party Systems*, London: Sage 1983, S. 29–66.

Daraus allein läßt sich allerdings noch keineswegs ableiten, daß sich auch die inhaltlichen Positionen der Parteien einander angenähert haben, wie dies häufig implizit wie explizit behauptet wurde. Diese Positionen sind vielmehr in erster Linie die Folge innerparteilicher und gesamtgesellschaftlicher Kräftekonstellationen, unter denen das Wählerverhalten nur einen Faktor neben anderen darstellt. Systematische Untersuchungen über die Entwicklung der politisch-programmatischen Distanzen zwischen den Parteien, die allein geeignet wären, diese Frage zu beantworten, liegen für die Bundesrepublik bisher nicht vor. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß lebhaftere Kontroversen zu dieser Frage an der Tagesordnung sind.

Während in den sechziger und siebziger Jahren vor allem die These von der zunehmenden Angleichung der Parteien vertreten wurde⁵, betont die aktuelle Diskussion wieder mehr die sowohl in der Programmatik als auch in der tatsächlichen Politik zutage tretenden Unterschiede zwischen den großen Parteien der Bundesrepublik⁶.

In engem Zusammenhang mit der Frage nach den Unterschieden zwischen den Parteien steht eine zweite, nämlich inwieweit die etablierten Parteien überhaupt (noch) in der Lage sind, die Interessenaggregation in einer hochdifferenzierten und durch zunehmende Versorgungs- und Partizipationsforderungen⁷ gekennzeichneten Gesellschaft wahrzunehmen. Kritische Beobachter der aktuellen Parteienentwicklung in der Bundesrepublik werfen den etablierten Parteien vor, wesentliche politische Forderungen einfach zu ignorieren. Von daher bedürfe es einer gründlichen Transformation der etablierten oder aber der Gründung neuer Parteien, um eine angemessene Repräsentation *aller* Interessen zu gewährleisten⁸.

Ein dritter Problemkomplex, in dem die veränderte Rolle der politischen Parteien angesprochen wird, ist die Feststellung eines tiefgreifenden Wertewandels und die daraus folgende Veränderung der traditionellen politischen Konfliktlinien. Dieser Wertewandel führt nach Meinung vieler Beobachter zur Herausbildung einer neuen Konfliktdimension, die über „postmaterialistische vs. materialistische“ Prioritäten bzw. „Neue vs. Alte“ Politik definiert ist und die klassische Links-Rechts-Dimension zunehmend überlagert⁹. Hieraus läßt sich die Frage ableiten, ob und inwie-

5 So z. B. Wolf-Dieter Narr, Parteienstaat in der BRD – ein Koloß auf tönernen Füßen, aber mit stählernen Zähnen, in: ders. (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 15 ff. Eine Diskussion dieser Kritik an der Politik der Volksparteien findet sich in: Hermann Scheer, *Parteien kontra Bürger?*, München: Piper 1979, S. 47–51.

6 Vgl. Klaus von Beyme, Do Parties Matter?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22. Jg. 1981, S. 343–358; Manfred G. Schmidt, Staatliche Politik, Parteien und der politische Unterbau, in: ebd., 23. Jg. 1982, S. 199–203; Klaus von Beyme, Once Again: Do Parties Matter?, in: ebd., S. 204–210.

7 Vgl. Max Kaase, Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173–189; Franz Lehner, *Grenzen des Regierens*, Königstein: Athenäum 1979, S. 84–112.

8 Katrin Lederer / Peter Knoepfel, Menschliche Bedürfnisse und Parteilpolitik, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 83 ff.; Bernd Guggenberger / Udo Kempf, Vorbemerkung, in: dies. (Hrsg.), *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 9–22.

9 Die einschlägige Literatur über Wertewandel ist inzwischen Legion und kann an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden. Es sei daher lediglich auf zwei grundlegende Darstel-

weit diese neue Dimension auch innerhalb der etablierten Parteien eine Rolle spielt, d.h. von ihnen zumindest teilweise absorbiert wurde. Der Versuch der etablierten Parteien, die Initiative in der Umweltdiskussion an sich zu ziehen sowie der ständige Kampf um die Jungwähler könnten Anzeichen für einen solchen Prozeß sein.

2. Datenbasis

Die skizzierten Problemkreise betreffen sowohl die Frage nach der Repräsentation von Interessen durch die Parteien als auch die nach dem Verhältnis zwischen ihnen. Die Beantwortung dieser Fragen erfordert daher Daten über die Positionen der politischen Parteien und anderer sozialer Gruppen zu politischen Streitfragen. Während nun Bevölkerungsumfragen in reichlicher Anzahl zur Verfügung stehen und die Bevölkerungseinstellungen seit Beginn der fünfziger Jahre relativ gut dokumentiert sind, wirft die Beschaffung vergleichbarer Daten für die Positionen der Parteien und anderer strategisch bedeutsamer Gruppen (z.B. Interessengruppen) ungleich größere Probleme auf. Es liegt auf der Hand, daß allgemeine Bevölkerungsumfragen zu ihrer Ermittlung nicht geeignet sind, daß sie lediglich Auskunft über die Einstellungen der Anhänger der verschiedenen Parteien geben, deren Positionen jedoch analytisch von den tatsächlichen Positionen der Parteien unterschieden werden müssen.

Um diese Parteipositionen zu ermitteln, sind drei Möglichkeiten der Datengewinnung denkbar: Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen¹⁰, Umfragen bei Parteipolitikern sowie Policy-Studien, die das Abstimmungsverhalten von Parteien im Parlament oder die Inhalte von Gesetzesvorlagen analysieren. Ohne auf die relativen Vor- und Nachteile dieser drei Datentypen im einzelnen einzugehen, läßt sich konstatieren, daß lediglich das zweite Verfahren, also die Erhebung von Umfragedaten, es erlaubt, die Positionen von Wählern bzw. Parteianhängern und Parteieliten systematisch zu vergleichen und damit zu Schlüssen hinsichtlich der Repräsentation der Wählerwünsche durch die Parteien zu gelangen. Zugleich ist dies auch der einzige Datentyp, bei dem die Parteien nicht als einheitliche Akteure, sondern als eine Gruppe von Personen mit mehr oder weniger differenzierten Ansichten zu den einzelnen Programmpunkten konzeptualisiert werden, so daß er es auch erlaubt, Differenzen innerhalb der Parteien aufzuzeigen, die wichtige Hinweise auf innerparteiliche Konflikte geben können.

Fortsetzung Fußnote 9

lungen zum Wertewandel verwiesen: Ronald Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton: Princeton University Press 1977; Helmut Klages / Peter Kmieciak (Hrsg.), *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt a.M.: Campus 1979.

¹⁰ Im Rahmen eines größeren vergleichenden Forschungsvorhabens wurden die Wahlkampfprogramme von SPD, CDU/CSU und FDP zu den Bundestagswahlen seit 1949 maschinenlesbar aufbereitet, was für die nähere Zukunft eine Analyse der programmatischen Distanzen zwischen diesen Parteien ermöglicht und auch erwarten läßt. Ein erster Projektbericht, der sich jedoch nur am Rande mit dem vorliegenden Thema beschäftigt, liegt bereits vor: Hans-Dieter Klingemann, *Election Programs in West-Germany*, Projektbericht, Freie Universität Berlin, 1984.

Umfragedaten über die Einstellungen von Parteieliten liegen in der Bundesrepublik für bislang drei Zeitpunkte vor, nämlich für 1968, 1972 und 1981. Es handelt sich dabei um die Ergebnisse von drei Eliteumfragen, die unter der Leitung von Rudolf Wildenmann an der Universität Mannheim durchgeführt wurden. Neben den führenden Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien, also den politischen Eliten im engeren Sinne, wurden in allen drei Studien auch führende Vertreter anderer Sektoren befragt.

Die *Mannheimer Elitestudien*¹¹, auf die sich die folgenden Analysen hauptsächlich stützen, stellen eine wichtige Datenquelle für den durch sie abgedeckten Zeitraum dar. Studien mit solchen Zielgruppen sind allerdings nicht in ähnlich hoher Frequenz wie allgemeine Bevölkerungsumfragen durchzuführen, so daß kürzerfristige Fluktuationen im Verhältnis der Parteien durch sie nicht erfaßbar sind. Leider fehlen auch Daten für den Zeitraum vor 1968, die für eine Untersuchung der These von der Annäherung der SPD an die CDU/CSU in den sechziger Jahren notwendig wären.

Zur Auswahl der Zielpersonen wurde jeweils der Positionsansatz verwendet, wobei eine Vollerhebung der Führungspositionen in den untersuchten Sektoren angestrebt wurde. Die Gruppe der politischen Eliten umfaßte Minister, führende Parlamentarier sowie die Parteiführungen im Bund und in den Ländern. Die Antworten dieses Personenkreises dürften hinreichend fundierte Aussagen über die Positionen der Parteien zu den drei Befragungszeitpunkten erlauben. Tabelle 1 enthält die Fallzahlen für diese Gruppe in den drei Umfragen.

Die Einbeziehung „nichtpolitischer“ Eliten, d.h. der Inhaber von Führungspositionen in Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Massenmedien und der Wissenschaft erlaubt es, deren Affinitäten zu den Parteien und ihre Positionen zu politischen Streitfragen zu bestimmen. Die Fallzahlen und Parteipräferenzen verschiede-

Tabelle 1: Fallzahlen der politischen Eliten in den Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1981

	SPD	CDU/CSU	FDP
1968	50	52	18
1972	110	128	47
1981	124	125	25

¹¹ Dokumentationen dieser drei Studien liegen in Form von maschinenlesbaren Codebüchern beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln, vor: 1968: Rudolf Wildenmann, *Eliten in der Bundesrepublik*, ZA-Nr. 1138; 1972: Ursula Hoffmann-Lange / Helga Neumann / Bärbel Steinkemper, *Westdeutsche Führungsschicht*, hrsg. von Werner Kaltefleiter und Rudolf Wildenmann, ZA-Nr. 0796; 1981: Rudolf Wildenmann / Max Kaase / Ursula Hoffmann-Lange / Albrecht Kutteroff / Gunter Wolf, *Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981*, ZA-Nr. 1139.

ner Elitegruppen in der Studie von 1981 sind in Tabelle 2 enthalten. Die Auswahlkriterien innerhalb der einzelnen Sektoren sowie die numerische Relation zwischen den Sektoren sind zwar in den drei Studien nicht identisch, sie sind jedoch hinreichend ähnlich, um Vergleiche zuzulassen und damit Entwicklungen über die Zeit zu verfolgen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch immer die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß Unterschiede auch eine Konsequenz geringfügiger Abweichungen in der Positionenauswahl sein können.

Eine Anfang 1982 durchgeführte Bevölkerungsumfrage, bei der ein Teil des Frageprogramms der Eliteumfrage von 1981 durch einen repräsentativen Bevölkerungsdurchschnitt beantwortet wurde, ermöglicht schließlich für den dritten Befragungstermin einen Vergleich zwischen Eliten und Bevölkerung¹².

Mit Hilfe dieser Daten kann zunächst analysiert werden, ob und wie sich die Einstellungen der Mitglieder und Repräsentanten verschiedener Interessengruppen und anderer strategischer Eliten zu den politischen Parteien seit dem Ende der sechziger Jahre gewandelt haben. In einem zweiten Schritt soll dann anhand der Positionen der politischen Eliten zu wichtigen politischen Streitfragen versucht werden, die Entwicklung der Hauptkonfliktlinien zwischen den Parteien nachzuzeichnen. Schließlich soll im letzten Teil die These von der Veränderung der Konfliktstruktur durch die Zunahme postmaterialistischer Prioritäten diskutiert werden.

3. Die Parteipräferenzen der Eliten

Die Parteipräferenzen der nichtpolitischen Eliten lassen wesentliche Rückschlüsse auf den Fortbestand bzw. den Wandel politisch-sozialer Konfliktlinien (Cleavages) zu. Diese werden ja häufig als historische Koalitionen zwischen Partieliten und sozialen Gruppen definiert¹³. Solche Koalitionen sind in der Regel durch Organisationen im vorpolitischen Raum abgesichert, z. B. durch Gewerkschaften und kirchliche Laienorganisationen. Politische Konfliktlinien lassen sich damit noch präziser als Koalitionen von Partieliten mit den Eliten der sie stützenden Organisationen im politischen Vorfeld definieren, die den Parteien im Tausch gegen die politische Vertretung ihrer Interessen organisatorische Unterstützung und die Stimmen ihres Wählerblocks zur Verfügung stellen.

In der Bundesrepublik haben traditionell zwei solche Koalitionen eine wichtige Rolle gespielt, nämlich die der Arbeiterschaft mit der SPD und die der Katholiken mit der CDU/CSU. Neuere Untersuchungen zeigen, daß diese auch heute noch für das Wahlverhalten bedeutungsvoll sind¹⁴. Als bürgerliche Parteien nehmen die CDU/

¹² Es handelt sich dabei um die Einschaltung der wesentlichen Einstellungsfragen der Eliteumfrage von 1981 in eine Mehrthemenfrage von GETAS mit 2 206 Befragten.

¹³ Vgl. Pappi, Sozialstruktur (Anm. 2), S. 195.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 196; vgl. dazu auch Rainer-Olaf Schultze, Wählerverhalten und Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Westeuropas Parteiensysteme im Wandel*, Stuttgart: Kohlhammer 1983, S. 19 ff.

Tabelle 2: Parteipräferenz und Parteimitgliedschaft der Angehörigen verschiedener Elitesektoren 1981

	n	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	kein erster Rang	Partei- mitglieder
<i>Verwaltung</i>							
Politische Beamte							
Bund	73	35.6	24.7	23.3	0.0	16.4	63.0
	—	42.6	29.5	27.9	0.0	—	—
Andere Beamte							
Bund	97	21.6	34.0	21.6	1.0	21.6	46.9
	—	27.6	43.4	27.6	1.3	—	—
Politische Beamte							
A-Länder	65	63.1	6.2	20.0	0.0	10.8	93.8
	—	70.7	6.9	22.4	0.0	—	—
Politische Beamte							
B-Länder	61	3.3	90.2	4.9	0.0	1.6	78.7
	—	3.3	91.7	5.0	0.0	—	—
Verwaltung							
insgesamt	296	30.4	37.2	18.2	0.3	13.9	67.7
	—	35.3	43.1	21.2	0.4	—	—
<i>Wirtschafts- und Finanzunternehmen</i>							
Banken	70	8.6	55.7	11.4	1.4	22.9	36.2
	—	11.1	72.2	14.8	1.9	—	—
Versicherungen	44	15.9	63.6	9.1	2.3	9.1	36.4
	—	17.5	70.0	10.0	2.5	—	—
Wirtschafts- unternehmen	171	6.4	66.7	12.9	0.0	14.0	23.5
	—	7.5	77.6	15.0	0.0	—	—
Wirtschafts- und Finanzunternehmen							
insgesamt	285	8.4	63.5	11.9	0.7	15.4	28.6
	—	10.0	75.1	14.1	0.8	—	—
<i>Wirtschaftsverbände</i>							
Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände	137	1.5	70.8	15.3	0.0	12.4	33.1
	—	1.7	80.8	17.5	0.0	—	—
Landwirtschafts- verbände	37	5.4	64.9	16.2	2.7	10.8	51.4
	—	6.1	72.7	18.2	3.0	—	—
Wirtschaftsverbände							
insgesamt	174	2.3	69.5	15.5	0.6	12.1	37.0
	—	2.6	79.1	17.6	0.7	—	—
Gewerkschaften	87	80.5	12.6	1.1	1.1	4.6	98.9
	—	84.3	13.3	1.2	1.2	—	—

Fortsetzung der Tabelle 2

	n	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	kein erster Rang	Partei- mitglieder
<i>Massenmedien</i>							
Tageszeitungen, Presseagenturen	84	13.1	44.0	21.4	1.2	20.2	13.1
	—	16.4	55.2	26.9	1.5	—	—
Wochenzeitungen, Magazine	30	6.7	36.7	26.7	10.0	20.0	16.7
	—	8.3	45.8	33.3	12.5	—	—
Rundfunk ARD	71	23.9	45.1	11.3	2.8	16.9	49.3
	—	28.8	54.2	13.6	3.4	—	—
Rundfunk ZDF	37	18.9	43.2	18.9	0.0	18.9	38.9
	—	23.3	53.3	23.3	0.0	—	—
<i>Massenmedien insgesamt</i>							
	222	16.7	43.2	18.5	2.7	18.9	33.5
	—	20.6	53.3	22.8	3.3	—	—
<i>Wissenschaft</i>							
	130	15.4	38.5	16.9	0.8	28.5	18.6
	—	21.5	53.8	23.7	1.1	—	—
<i>Militär</i>							
	43	2.3	65.1	9.3	2.3	20.9	14.6
	—	2.9	82.4	11.8	2.9	—	—
<i>Kultur</i>							
	104	29.8	16.3	19.2	10.6	24.0	21.4
	—	39.2	21.5	25.3	13.9	—	—
<i>Sonstige</i>							
	129	31.8	43.4	8.5	4.7	11.6	60.2
	—	36.0	49.1	9.6	5.3	—	—
<i>Nichtpolitische Eliten insgesamt</i>							
	1470	21.6	45.6	14.6	2.0	16.2	43.4
	—	25.8	54.4	17.4	2.4	—	—

CSU und in schwächerem Maße die FDP zudem die Vertretung des Alten Mittelstandes wahr, während der Neue Mittelstand parteipolitisch nicht eindeutig festgelegt ist. Das Anwachsen des Neuen Mittelstandes und die gleichzeitige Abnahme der Kirchlichkeit haben jedoch dazu geführt, daß heute ein zunehmend geringerer Teil der Wählerschaft von den traditionellen politischen Konfliktlinien betroffen ist und sich in seinem Wahlverhalten an anderen Faktoren orientiert. Die wachsende Bedeutung von Wertorientierungen und Issue-Einstellungen für das Wahlverhalten kann als Bestätigung hierfür angesehen werden.

Aus den skizzierten Veränderungen in Struktur und Verhalten der Wählerschaft kann nun jedoch nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden, daß mit der Bedeutung der traditionellen, durch sozialstrukturelle Interessenlagen definierten In-

halte der alten Konfliktlinien auch die der traditionellen Parteien abnimmt. Parteien können sich vielmehr sowohl in ihrer Programmatik als auch durch Erschließung neuer Wählergruppen den jeweiligen Gegebenheiten anpassen. Die Versuche aller Parteien, sich das Wählerreservoir des Neuen Mittelstandes zu erschließen, sind hierfür ein Beispiel. Von daher ist die Frage nach der sozialen Basis der Parteien immer wieder neu zu untersuchen. Wegen der Bedeutung, die Eliten im Rahmen politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zukommt, ist die Parteieigung der Eliten verschiedener Organisationen von besonderem Interesse. Die in Tabelle 2 enthaltenen Verteilungen der Parteipräferenz der Befragten der Eliteumfrage 1981 in verschiedenen Sektoren und einzelnen Organisationen geben darüber Auskunft¹⁵.

Dabei zeigt sich zunächst eine sehr starke Affinität der Gewerkschaftselite zur SPD und umgekehrt der verschiedenen Gruppen der Wirtschaftselite sowie des Militärs zur CDU/CSU. Die überwiegenden Parteieignungen der Gewerkschafts- und Wirtschaftseliten entsprechen der Konfliktlinie des traditionellen Klassenkonflikts. Zwar war die CDU/CSU zur Zeit ihrer Gründung keine primär wirtschaftskonservative Partei, und sie verfügt auch heute noch mit den Sozialausschüssen über einen gewerkschaftlich orientierten Flügel. Schon die Tatsache, daß sie von Anbeginn eine primär bürgerliche Partei war, sowie ihre Gegnerschaft zur SPD machten sie jedoch quasi zum natürlichen Koalitionspartner der wirtschaftlichen Eliten¹⁶. Die FDP spielt dagegen bei den Wirtschaftseliten eine weit geringere Rolle als in anderen Gruppen, namentlich den Medien-, Wissenschafts- und Kultureliten.

Die vorherrschende Präferenz der Militärelite sowie der Führung der Landwirtschaftsverbände für die CDU/CSU läßt sich weniger durch deren Position im ökonomischen Verteilungskonflikt erklären, sondern ist eher auf die zusätzliche Vertretung der spezifischen Interessen dieser Sektoren durch die CDU/CSU zurückzuführen.

Bei den Sektoren Verwaltung, Massenmedien und Kultur läßt sich demgegenüber weit weniger *a priori* eine bestimmte, primär von einer der politischen Parteien vertretene Interessenlage unterstellen¹⁷. Vielmehr konkurrieren die Parteien um Ein-

15 Parteipräferenz wurde gemessen als der erste Sympathierang einer der fünf Parteien SPD, CDU, CSU, FDP, Grüne auf dem Parteienskalometer (Wertebereich: - 5 bis + 5). CDU und CSU wurden wegen häufiger GleichEinstufung zusammengefaßt. 16.2 % der Befragten vergaben keinen eindeutigen ersten Rang, wobei ihr Anteil beträchtlich zwischen den Gruppen schwankt.

Die erste Reihe der Prozentwerte pro Gruppe in Tabelle 2 gibt die Werte bezogen auf alle Befragten mit gültiger Nennung an, in der zweiten wurden die Befragten ohne eindeutigen ersten Rang bei der Prozentuierung nicht berücksichtigt; dabei kommt das Stärkeverhältnis der Parteien deutlicher zum Ausdruck.

16 Pappi hat auf diese Asymmetrie des deutschen Parteiensystems hingewiesen, die bedingt, daß der SPD als ökonomisch eher umverteilungsorientierter Partei in der CDU/CSU nicht eine primär ökonomisch-konservative, sondern eine religiös-traditionale Partei gegenübersteht. Diese Asymmetrie führt jedoch dazu, daß jede der beiden Parteien den Gegenpol der jeweils anderen Konfliktdimension mit übernimmt. Vgl. dazu Pappi, Sozialstruktur (Anm. 2), S. 196.

17 Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei erwähnt, daß im Sektor Kultur die Leiter von Feuilletons in der Presse, der Ressorts Kultur und Unterhaltung in den Rundfunkanstalten, Herausgeber und Chefredakteure von Kulturzeitschriften sowie Vertreter der führenden Ver-

fluß in diesen Sektoren, was angesichts von deren Einfluß auf die Gesetzesvorbereitung und -implementation sowie auf die öffentliche Meinung nur allzu verständlich ist. Vergleichbares gilt für die Wissenschaftselite, auf deren Kooperation bei der Entwicklung von Forschungsprogrammen alle Parteien angewiesen sind.

Das Stärkeverhältnis zwischen den Parteien ist in diesen Sektoren auch tatsächlich sehr viel ausgewogener. Bei der Verwaltungselite zeigt schon die Untergliederung in verschiedene Subgruppen deutlich, daß wir es hier nicht mit einer homogenen Gruppe zu tun haben. Die Besetzung von Spitzenpositionen erfolgt in diesem Sektor ja bekanntermaßen nach politischen Gesichtspunkten, was sich auch in einem sehr hohen Anteil an Parteimitgliedern niederschlägt¹⁸. Diese politische Besetzung führt dazu, daß die beamteten Behördenleiter in den Landesministerien (Staatssekretäre bzw. Ministerial- oder Senatsdirektoren) in der Regel eine Präferenz für die jeweils führende Landespartei aufweisen. Entsprechend dominieren bei den politischen Beamten der Bundesministerien die Anhänger von SPD und FDP. Selbst nach dreizehn Jahren sozialliberaler Koalition verfügte die CDU/CSU hier jedoch noch 1981 über eine nicht unbeträchtliche Anhängerschaft, die bei der höchsten Gruppe der nichtpolitischen Beamten (Unterabteilungsleiter) sogar noch deutlich höher war. Dieses Ergebnis läßt sich als Hinweis auf die lange Dauer interpretieren, die die politische Umschichtung eines größeren Beamtenapparates erfordert. Daneben sind jedoch ebenso plausible alternative Erklärungen denkbar: ein gewisses Proporzdenken und / oder eine trotz politischer Einflüsse auf Beförderungen nach wie vor gegebene Selektion nach fachlichen Leistungskriterien (Karrierebeamte). Die gefundenen Verteilungen verbieten es allerdings – zumindest für die von uns erfaßte Führungsebene – vom Fortbestand einer durchgängig konservativen Ausrichtung der höheren Ministerialbürokratie zu sprechen.

Im Sektor Massenmedien¹⁹ legen schon die unterschiedlichen Organisationsformen von privatwirtschaftlicher Presse und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine Trennung nach Zugehörigkeit zu diesen beiden Mediengattungen nahe. Die Unterschiede zwischen ihnen sind allerdings nicht gravierend. Der vielbeklagte parteipolitische Einfluß in den Rundfunkanstalten macht sich zunächst in dem weit höheren Anteil an Parteimitgliedern bemerkbar (54,2 Prozent). Er führt dabei jedoch zu einer etwas ausgewogeneren Verteilung der Parteipräferenzen im Vergleich zu dem recht geringen Anteil der SPD in der Presseelite.

Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gefundenen Verteilungen der Parteipräferenzen sagen natürlich für sich genommen wenig über stabile Koalitionen zwischen

Fortsetzung Fußnote 17

lage zusammengefaßt sind. Der zur Bestimmung der Zielpersonen verwendete Positionsansatz hat zur Folge, daß in diesem Sektor nicht die Produzenten, sondern die Verwalter bzw. Multiplikatoren von Kultur erfaßt wurden.

18 Vgl. hierzu die mit Daten der Mannheimer Elitestudie 1972 durchgeführten Analysen von Bärbel und Hans Günter Steinkemper: Bärbel Steinkemper, *Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik Deutschland*, Köln: Heymanns 1974; Hans Günter Steinkemper, *Amtsträger im Grenzbereich zwischen Regierung und Verwaltung*, Frankfurt a.M.: Peter Lang 1980.

19 Im Sektor Massenmedien wurden neben Herausgebern, Intendanten und Chefredakteuren nur die Redaktionsleiter für Politik und Wirtschaft erfaßt.

einzelnen Elitegruppen und politischen Parteien aus. Erst die Einführung der Zeitdimension kann darüber verlässliche Aufschlüsse bieten. Jedoch ist eine hohe zeitliche Stabilität nicht notwendigerweise ein Indikator für eine auf gemeinsamen Interessen beruhende Koalition zwischen einem Sektor und einer politischen Partei. Dies mag für Sektoren gelten, deren Interessenlage sich weitgehend mit der Politik einer Partei deckt, d.h. bei denen sich eine überwiegende Tendenz zu einer einzelnen Partei feststellen läßt. Bei parteipolitisch weniger homogenen Sektoren weist die Stabilität in der Verteilung der Parteipräferenzen demgegenüber eher auf eine Konstanz der intrasektoralen Kräfteverhältnisse hin.

In der Verwaltungselite läßt sich die gefundene hohe Stabilität also vermutlich eher mit den stabilen politischen Mehrheitsverhältnissen in Bund und Ländern erklären. Im Zeitraum zwischen 1968 und 1981 fanden nämlich lediglich zwei größere Regierungswechsel (zwischen SPD und CDU) statt, und zwar 1969 im Bund und 1976 in Niedersachsen, wobei die SPD 1968 im Bund sogar bereits mitregierte.

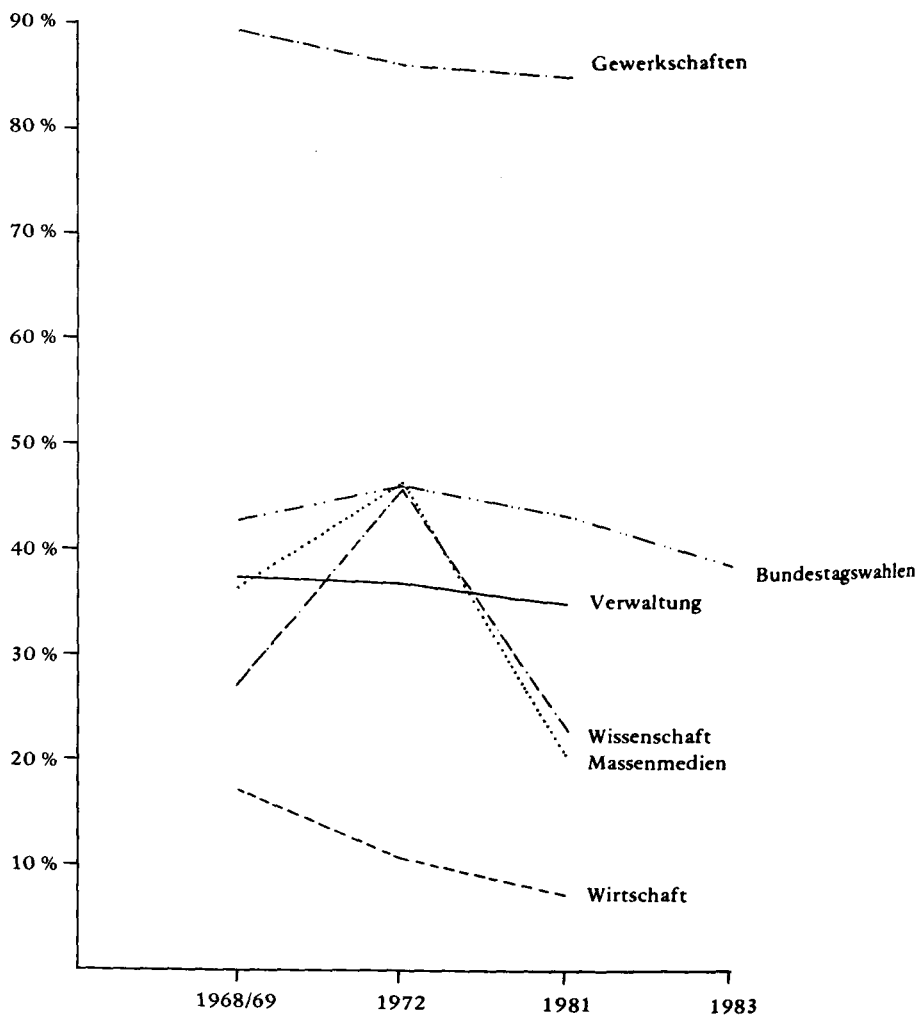
Umgekehrt deuten größere Verschiebungen in den Parteianteilen eines Sektors, zumal wenn sie parallel zu Veränderungen der öffentlichen Meinung verlaufen, darauf hin, daß individuelle Prozesse der Meinungsbildung offensichtlich wichtiger sind als sektorspezifische Interessenlagen und / oder parteipolitische Erwägungen bei der Elitenrekrutierung in diesem Sektor. Die in Schaubild 1 dargestellte Entwicklung des SPD-Anteils in verschiedenen Sektoren zeigt deutlich, daß die Kurven der Medien- und Wissenschaftseliten einen ähnlichen Verlauf wie die Wahlergebnisse aufweisen, auch wenn die Ausschläge bei diesen Eliten wesentlich dramatischer ausfallen und der SPD-Anteil nur 1972 den in der Bevölkerung knapp erreicht²⁰.

Exkurs: Journalisten, Medienberichterstattung und Meinungsklima

Wegen der überragenden Bedeutung der Massenmedien für die Meinungsbildung lohnt es sich, die parteipolitische Entwicklung in der Medienelite etwas genauer zu betrachten. Vorweg sei gesagt, daß damit keineswegs unterstellt werden soll, die politischen Präferenzen der Medienelite schlugen sich unmittelbar in der politischen Berichterstattung der Medien nieder. Sie stellen zunächst nichts weiter dar als Momentaufnahmen der politischen Stimmung dieser Gruppe, deren Mitglieder zudem aufgrund der organisatorischen Breite ihres Aufgabenbereichs (vgl. Anm. 19) nicht einmal unmittelbar an der Berichterstattung beteiligt sind. Ergebnisse von Meinungsumfragen bei Journalisten oder auch nur Spekulationen über deren politische Haltung sind jedoch vielfach für die personalpolitische Diskussion insbesondere in

20 Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, daß wir es hier nicht mit echten Paneldaten, also Wiederholungsbefragungen bei denselben Personen, zu tun haben, sondern mit einem Positionenpanel im eingeschränkten Sinne, da die Positionen wegen Abweichungen in den Auswahlkriterien, aber auch wegen organisatorischer Veränderungen innerhalb der Sektoren nur teilweise identisch sind. Selbst bei einem echten Positionenpanel wären bereits größere Fluktuationen durch personelle Umbesetzungen zu erwarten, zumal in Sektoren, in denen die Parteineigung kein relevantes Kriterium der Personalrekrutierung ist.

Schaubild 1: Entwicklung des SPD-Anteils in ausgewählten Elitesektoren und bei den Bundestagswahlen



den Rundfunkanstalten instrumentalisiert worden. Dabei wurde immer wieder bemängelt, die überwiegende Mehrheit der Rundfunkjournalisten neige der SPD zu²¹.

Die Publikationen von E. Noelle-Neumann²² zu diesem Thema trugen nicht unwesentlich zur Zuspitzung der Debatte über die Personalpolitik in den Rundfunkanstalten bei. Noelle-Neumann stützte ihre These, nach der das Fernsehen einen ausschlaggebenden Einfluß auf das Resultat der Bundestagswahl 1976 ausübte, vor allem auf zwei Ergebnisse: zum einen darauf, daß ein überwiegender Teil von Zuschauern eine Reihe politischer Fernsehsendungen als eher koalitionsfreundlich einstufte, und zum anderen auf Abweichungen der Parteipräferenzen und Issue-Einstellungen der Journalisten vom Bevölkerungsquerschnitt. Aufgrund unserer Daten lassen sich einige einschränkende Bemerkungen zu diesem zweiten Punkt machen²³. So kann man zunächst feststellen, daß die in der Mannheimer Elitestudie 1972 gefundenen Verteilungen der Parteipräferenzen im Hinblick auf eine große SPD-Mehrheit bei den Rundfunkjournalisten mit Noelle-Neumanns Zahlen übereinstimmen. Demgegenüber zeigen unsere Zahlen aber zugleich einen deutlich höheren Anteil für die CDU/CSU. Zudem ergaben sich für ARD und ZDF gegenläufige Mehrheiten (ARD: SPD; ZDF: CDU/CSU). In der Presseelite hatte die CDU/CSU nach unseren Ergebnissen sogar seit 1968 einen ständigen und deutlichen Vorsprung vor der SPD.

Nun kann man zwar nicht ausschließen, daß sich die Medienelite und die einfachen Journalisten in ihren Einstellungen unterscheiden; die zwischen den Studien zutagegetretenen Unterschiede sind jedoch so groß, daß sie eine weitere empirische Prüfung erforderlich erscheinen lassen. Insbesondere wäre zu klären, ob in der Allensbacher Journalistenstichprobe nur politische Journalisten (wie in unserer Auswahl) oder alle Arten von Journalisten enthalten waren, also z.B. auch solche aus Lokal-, Sport- und Feuilletonredaktionen.

Zu den von Noelle-Neumann gefundenen Abweichungen von Journalisten und Bevölkerung in konkreten Einstellungen ist zu bemerken, daß sich in der Umfrageforschung immer wieder systematische Abweichungen zwischen den Einstellungen von Eliten – und Journalisten stellen im weiteren Sinne durchaus eine Elitegruppe

21 Für 1972: Ursula Hoffmann-Lange / Klaus Schönbach, Geschlossene Gesellschaft. Berufliche Mobilität und politisches Bewußtsein der Medienelite, in: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.), *Angepaßte Außenseiter*, Freiburg: Karl Alber 1979, S. 49–75.

22 Elisabeth Noelle-Neumann, Das doppelte Meinungsklima, in: Max Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute, Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, S. 408–451.

23 Auch der erste Teil der Beweisführung Noelle-Neumanns enthält einige gravierende methodische Mängel. Zwar kann es aus pragmatischen Gründen sinnvoll sein, auf aufwendige Inhaltsanalysen zu verzichten und statt dessen Rating-Verfahren zur Bestimmung der parteipolitischen Neigung von Fernsehsendungen zu verwenden. Dabei muß jedoch die notwendige Subjektivität solcher Urteile in Betracht gezogen werden, insbesondere wenn die Einstufungen durch normale Befragte und nicht durch Experten erfolgen. Zumindest muß für Tendenzen zur „Harmonisierung“ solcher Urteile mit der eigenen Parteineigung kontrolliert werden. Außerdem sollte es für einen Medienwissenschaftler eigentlich selbstverständlich sein, die eingestufteten Sendungen nach Sehbeteiligung zu gewichten. Und schließlich lassen sich die in Noelle-Neumanns Tabellen abgedruckten Prozentverteilungen eher als Evidenz dafür interpretieren, daß der Großteil der Zuschauer die Mehrheit der bewerteten Programme als „im großen und ganzen neutral“ einstufte.

dar – und Bevölkerungsquerschnitten gezeigt haben, die aus dem höheren Bildungs- und Informationsniveau der Eliten sowie aus ihrer größeren Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen resultieren²⁴. Zumal das höhere Informationsniveau der Journalisten vermag leicht die Abweichungen in den erwarteten Wahlchancen der sozialliberalen Koalition zu erklären, da die Meinungsumfragen zum Zeitpunkt der Journalistenbefragung bereits einen Koalitionssieg erkennen ließen²⁵.

Tabelle 3 enthält die Verteilungen der Parteipräferenzen verschiedener Untergruppen der Medienelite zu den drei Befragungszeitpunkten. Dabei weichen wegen des 1981 überdurchschnittlich hohen Anteils an Personen ohne eindeutige Parteipräferenz, der sich in erster Linie zu Lasten der SPD auswirkte, die Verteilungen der Parteipräferenz und der Wahlabsicht so weit voneinander ab, daß es angemessen erschien, beide in die Tabelle aufzunehmen.

Betrachtet man die Parteipräferenzen über Zeit, so kann man sehen, daß sich bei den führenden Positionsinhabern in der Presse zwischen 1968 und 1972 für die SPD nicht viel geändert hat, während sie zwischen 1972 und 1981 eine dramatische Einbuße von rund 20 Prozent erlitt. Diese kam im Aggregat der CDU/CSU und der FDP gleichermaßen zugute. Als Erklärung für diese Veränderungen kommt wohl in erster Linie ein Stimmungsumschwung in dieser Befragungsgruppe in Betracht, da sich die Presselandschaft in den neun Jahren zwischen den beiden Befragungszeitpunkten nur geringfügig gewandelt hat und im wesentlichen die Repräsentanten derselben Presseorgane befragt wurden²⁶.

In den Funkmedien sind die Veränderungen gleichermaßen frappierend. Die CDU/CSU nahm von 1968 bis 1972 um über 15 Prozent ab und holte dann bis 1981 kräftig auf, während die Kurve der SPD gegenläufig verlief: Einer Zunahme von über 20 Prozent stand eine ebenso große Abnahme gegenüber. Neben Prozessen des Stimmungswandels sind hier jedoch auch Effekte systematischer Personalpolitik in Betracht zu ziehen. Der hohe Anteil von Parteimitgliedern bei den führenden Positionsinhabern des Rundfunks im Vergleich zur Presse stützt die Annahme von der Bedeutung dieses Faktors ebenso wie die Tatsache, daß die Veränderungen bei der ARD weit größer waren als die beim ZDF. Die Daten wurden von Kutteroff denn auch als Indikator für den Erfolg einer Personalpolitik im Sinne der CDU/CSU in-

24 Vgl. dazu Robert D. Putnam, *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall 1976, S. 138 ff. Erste Ergebnisse eines Vergleichs zwischen Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik finden sich in: Ursula Hoffmann-Lange, *Eliteforschung in der Bundesrepublik*, in: *aus politik und zeitgeschichte*, H. 47, 1983, S. 19 ff.

25 Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Mai 1976 lagen Koalition und Opposition mit je 42 % gleichauf (16 % Unentschiedene). Da zu vermuten war, daß der Regierungsbonus der Koalition noch zugutekommen würde, lag es für einen informierten Beobachter also nahe, bereits im Sommer auf einen Koalitionssieg zu tippen. Vgl. Manfred Berger / Wolfgang G. Gibowski / Dieter Roth / Wolfgang Schulte, *Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 8. Jg. 1977, S. 210.

26 Die hauptsächliche Veränderung der Presselandschaft in der Bundesrepublik durch Konzentrationsprozesse, d.h. durch einen Rückgang in der Anzahl der publizistischen Einheiten, fand in den fünfziger und sechziger Jahren statt, während seit 1976 sogar wieder eine geringfügige Zunahme von Presseorganen zu beachten ist. Vgl. die Zahlen in: Walter J. Schütz, *Deutsche Tagespresse 1983*, in: *Media Perspektiven*, H. 3, 1983, S. 185.

Tabelle 3: Entwicklung der Parteipräferenz innerhalb verschiedener Gruppen der Medienelite (prozentuiert auf Befragte mit Präferenz für eine der aufgeführten Parteien)

	Medienelite	Presse	Rundfunk		ZDF
			insgesamt	ARD	
<i>Parteipräferenz 1968</i>					
Fallzahl insgesamt	145	86	59	48	(11) ^{a)}
SPD	36.4	37.8	34.5	38.3	(18.2)
CDU/CSU	47.1	43.9	51.7	48.9	(63.3)
FDP	16.4	18.3	13.8	12.8	(18.2)
<i>Parteipräferenz 1972</i>					
Fallzahl insgesamt	263	163	100	78	22
SPD	46.1	39.2	57.1	63.2	36.4
CDU/CSU	39.4	42.4	34.7	27.6	59.1
FDP	14.5	18.4	8.2	9.2	4.5
<i>Parteipräferenz 1981^{b)}</i>					
Fallzahl insgesamt	222	114	108	71	37
SPD	20.6	14.3	27.0	28.8	23.3
CDU/CSU	53.5	52.7	53.9	54.2	53.3
FDP	22.8	28.6	16.9	13.6	23.3
Grüne	3.3	4.4	2.2	3.4	0.0
<i>Wahlabsicht 1981</i>					
SPD	27.1	21.2	33.0	34.3	30.3
CDU/CSU	44.4	48.1	40.8	42.9	36.4
FDP	25.1	28.8	21.4	21.4	21.2
Grüne	1.0	1.0	1.0	0.0	3.0
Andere	2.4	1.0	3.9	1.4	9.1

a) Wegen geringer Fallzahl nur bedingt aussagefähig.

b) In der Presse betrug der Anteil derjenigen ohne eine eindeutige Parteipräferenz 20.2 Prozent, ohne Wahlabsicht dagegen nur 8.8 Prozent. Beim Rundfunk war der Unterschied 17.6 Prozent zu 4.6 Prozent, insgesamt belief er sich auf 18.9 Prozent im Vergleich zu 6.8 Prozent.

terpretiert²⁷. Angesichts des gleichartigen Verlaufs der Entwicklung der Parteipräferenzen in der Wissenschaftselite und der Tatsache, daß der enorme Zuwachs der SPD zwischen 1968 und 1972 schon wegen des kurzen Zeitraums zwischen den beiden Befragungsterminen höchstens zu einem kleinen Teil auf systematische personelle Umbesetzungen zurückführbar ist, ist die Interpretation, daß wir es hier mit

27 Albrecht Kutteroff, Politische Macht und Massenmedien, in: Jürgen W. Falter / Christian Fenner / Michael Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 375 f.

einem echten Stimmungsumschwung innerhalb der ARD-Führung zu tun haben, mindestens ebenso plausibel. Vermutlich hat beides eine Rolle gespielt. Fest steht jedenfalls, daß 1981 die führenden Positionsinhaber beider Anstalten mehrheitlich der CDU/CSU zuneigten.

Doch zurück zur ursprünglichen Frage nach den stabilen Koalitionen zwischen Elitegruppen und politischen Parteien. Bei aller gebotenen Vorsicht läßt sich festhalten, daß dauerhafte Präferenzen der Angehörigen eines Sektors für einzelne Parteien sowohl auf (perzipierte) Vertretung der Sektorinteressen durch die entsprechende(n) Partei(en) als auch auf parteipolitische Einflußnahmen auf die Elitenrekrutierung zurückgehen können. Die Ergebnisse lassen sich mit Hilfe einer einfachen Vierfeldertafel darstellen:

parteilpolitische Orientierung	Rekrutierung	
	autonom	politisch kontrolliert
homogen	Wirtschaft Gewerkschaften	Militär
heterogen	Presse Wissenschaft	Verwaltung Rundfunk

Es liegt relativ nahe, die in den Eliteumfragen gefundenen Verteilungen der Parteipräferenzen mit der Bevölkerung zu vergleichen, um Schlüsse hinsichtlich der relativen Stärke der Parteien in beiden Gruppen zu ziehen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Fallzahlen für die verschiedenen Sektoren die aggregierten Ergebnisse der Eliteumfragen stark beeinflussen. Aussagen über „die Elite“ sind daher nur unter Vorbehalten möglich. Einige Ergebnisse lassen sich jedoch sowohl über Zeit als auch in verschiedenen Gruppen gleichermaßen beobachten, so daß aus ihnen allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden können:

1. Die SPD ist 1981 – im Vergleich zu den Bundestagsergebnissen von 1980 und 1983 – in allen Elitegruppen mit Ausnahme der Gewerkschaften und der politischen Beamten in SPD-geführten Regierungen unterrepräsentiert. 1972 ist es ihr dagegen gelungen, in den Medien- und Wissenschaftseliten mehr Unterstützung zu finden als die CDU/CSU, so daß ihre fast durchgängige Minoritätsposition in den „bürgerlichen Eliten“ 1981 zumindest zum Teil auf ein Meinungstief bei diesen beiden Gruppen zurückzuführen ist.

2. Die FDP findet zu allen drei Befragungszeitpunkten in den Eliten überdurchschnittlichen Anhang. Sie ist jedoch weit weniger eine Partei der Wirtschaftseliten als vielfach vermutet wird. Ihre Hauptanhängerschaft in den Eliten stellen vielmehr die Kommunikationseliten (Massenmedien, Kultur und Wissenschaft). Dieses Ergebnis bestätigt andere Analysen, nach denen die FDP im aufstiegsorientierten Neuen Mittelstand besonders stark vertreten ist²⁸. Vergleichszahlen aus unserer Bevölke-

²⁸ Vgl. Heino Kaack, Das Volksparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland und die Situation der FDP, in: Lothar Albertin (Hrsg.), *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*,

rungsumfrage zeigen ebenfalls, daß der Anteil der FDP-Wähler bei den Befragten mit Abitur und bei den gehobenen Angestellten weit überdurchschnittlich und v. a. höher als bei den Angehörigen des Alten Mittelstandes ist. 73 Prozent der FDP-Anhänger unserer Bevölkerungsumfrage sind Angehörige des Neuen Mittelstandes, 46 Prozent gehören dem gehobenen Neuen Mittelstand an. Im Vergleich dazu kommen nur knapp fünf Prozent aus dem Alten Mittelstand. Es ist daher fraglich, ob dieses Wählerpotential mit einer konsequenten Orientierung auf die Wirtschaftspolitik zu erweitern ist, wie die Zeitschrift „Impulse“ vermutet²⁹.

4. Einstellungen zu politischen Streitfragen

Aus den Positionen der Parteien zu politischen Streitfragen (politischen Issues) läßt sich am besten ablesen, welche politischen Konflikte in der aktuellen politischen Situation eine besondere Rolle spielen und wie groß die Differenzen zwischen den Parteien tatsächlich sind. Dabei müssen drei Typen von Streitfragen unterschieden werden. Der erste Typ betrifft Fragen, die als Ausdruck der klassischen Konfliktdimensionen des Parteiensystems aufgefaßt werden können, der zweite Typ solche, bei denen dieser Zusammenhang weniger eindeutig ist³⁰ und der dritte schließlich die Parteien als Bewertungsobjekte selbst. Es sei zunächst dieser dritte Typ behandelt.

Parteienskalometer

Auch wenn vermutet werden kann, daß die Sympathiewerte für die verschiedenen Parteien empirisch mit dem Ausmaß der Distanz in inhaltlichen Positionen kovariieren, ist diese Kovarianz mit Sicherheit nur unvollkommen, da der politische Tageskampf und die Notwendigkeit der taktisch gebotenen Distanzierung vom politischen Gegner zu einer negativeren Bewertung führen können als dies die Einstellungsdistanzen für sich genommen erwarten lassen.

Fortsetzung Fußnote 28

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980, S. 43; Fritz Fliszar / Wolfgang G. Gibowski, Die Wähler der Parteien, in: *liberal*, 26. Jg. 1984, S. 73.

29 „Deutschland braucht die FDP“, in: *Impulse*, H. 9, 1984.

30 Damit soll nicht gesagt werden, daß es eine objektiv bestimmbare und damit gewissermaßen automatische Zuordnung von Einzelfragen zu den bestehenden Konfliktdimensionen gibt. Die Zuordnung ist vielmehr eine unabhängige intellektuelle Leistung. Sie erfolgt mittels argumentativer Strategien, die den Zusammenhang zwischen einem konkreten Problem und einer abstrakten Dimension erst herstellen. Die Existenz von Konfliktdimensionen hat sogar umgekehrt Auswirkungen auf die Wahrnehmung, Definition und Strukturierung neu auftretender Probleme: Problemalternativen werden in der Regel unter Bezug auf sie und in Einklang mit ihnen formuliert.

Die Skalometerwerte³¹ zeigen für 1972 eine klare Polarisierung zwischen den Parteien der sozialliberalen Koalition einerseits und der CDU/CSU andererseits. Dabei war allerdings bei den Anhängern der FDP in den nichtpolitischen Eliten die Abneigung gegenüber der CDU weit weniger ausgeprägt als gegenüber der CSU.

1981 hatte sich das Bild indessen erheblich gewandelt. SPD und FDP sind weiter auseinandergerückt, während sich CDU und FDP einander angenähert haben. SPD und CDU werden von FDP-Politikern fast gleich eingeschätzt, beide jedoch nur schwach positiv. Bei den FDP-Anhängern in den nichtpolitischen Eliten hat die CDU die SPD in der Einschätzung sogar schon überholt. Demgegenüber ist die Einschätzung der FDP durch CDU-Politiker und CDU-Anhänger zwar im Vergleich zu 1972 weniger negativ geworden, aber (noch) nicht im positiven Bereich angesiedelt. Auffällig ist jedoch, daß sich die Differenzen zwischen FDP und CSU kaum eingeebnet haben: Die gegenseitigen Skalometerwerte liegen immer noch weit im negativen Bereich.

Tabelle 4: Skalometerwerte 1972 und 1981

Eingeschätzte Partei		Politiker				Andere Eliten		
		SPD	CDU	CSU	FDP	SPD	CDU/CSU ^{a)}	FDP
1972	SPD	+ 3.7	- 1.4	- 2.0	+ 1.6	+ 2.7	- 0.6	+ 1.1
	CDU	- 1.6	+ 3.1	+ 2.4	- 1.9	- 1.0	+ 2.3	- 0.1
	CSU	- 3.6	+ 1.7	+ 2.6	- 3.6	- 3.3	+ 0.9	- 2.4
	FDP	+ 2.4	- 2.0	- 1.7	+ 4.1	+ 1.9	- 0.6	+ 3.0
1981	SPD	+ 3.3	- 2.2	- 3.1	+ 0.4	+ 3.2	- 1.6	+ 0.2
	CDU	- 1.1	+ 4.2	+ 3.8	+ 0.5	- 0.7	+ 3.1	+ 0.7
	CSU	- 3.0	+ 3.1	+ 4.5	- 2.1	- 2.9	+ 1.5	- 1.5
	FDP	+ 0.8	- 0.7	- 1.6	+ 4.2	+ 0.3	0.0	+ 3.1
Veränderungen 1972 bis 1981								
	SPD	- 0.4	- 0.8	- 1.1	- 1.2	+ 0.5	- 1.0	- 0.9
	CDU	+ 0.5	+ 1.1	+ 1.4	+ 2.4	+ 0.3	+ 0.8	+ 0.8
	CSU	+ 0.6	+ 1.4	+ 1.9	+ 1.5	+ 0.4	+ 0.6	+ 0.9
	FDP	- 1.6	+ 1.3	+ 0.1	+ 0.1	- 1.0	+ 0.6	+ 0.1

a) Wegen des hohen Anteils von GleichEinstufungen der CDU/CSU wurden bei den nichtpolitischen Eliten CDU/CSU-Anhänger zusammengefaßt.

31 1968 wurde nur die Parteipräferenz erfragt, Sympathiewerte für die Parteien wurden jedoch nicht erhoben. In der Umfrage von 1972 waren die Sympathiewerte nicht auf dem üblichen Parteienskalometer gemessen worden, sondern auf einer Skale von 1 (angenehm) bis 8 (un-sympathisch). Um Vergleichbarkeit herzustellen, mußten die Werte daher transformiert werden. Folgende Formel wurde dazu verwendet:

$$x' = \frac{10}{7}(x - 1) - 5.$$

Es zeigen sich also deutliche Verschiebungen in den Sympathiewerten zwischen den Parteien, die mit Sicherheit auf das im Sommer 1981 schon angespannte Klima innerhalb der Regierungskoalition zurückzuführen sind und die innerhalb der FDP eine Umorientierung auf die CDU erkennen lassen. Dieser Trend war bei den Anhängern der Parteien in den Eliten deutlicher als bei den Politikern. Auch die Position der CSU spiegelt sich mit bemerkenswerter Deutlichkeit in unseren Daten wider. Die Antipathie zwischen FDP und CSU weist darauf hin, daß der Konflikt zwischen diesen beiden Parteien innerhalb der neuen Regierungskoalition quasi vorprogrammiert war.

Politische Issue-Einstellungen der Parteipolitiker 1981

Die Umfragen von 1972 und 1981 enthielten jeweils eine Fragenbatterie, auf der die Befragten ihre Position zu einer Reihe von politischen Streitfragen angeben sollten. Aus Aktualitätsgründen sind die Einzel-Items dieser Fragen nur teilweise identisch, was die Vergleichbarkeit etwas beeinträchtigt. Durch die Bildung von Indizes ist es jedoch trotz dieser Einschränkungen möglich, Veränderungen in den Positionen der Parteien zu bestimmen.

Wegen der größeren Aktualität der neueren Daten soll mit den Positionen der Parteipolitiker 1981 begonnen werden. Wie die Werte in Tabelle 5 zeigen, sind die Zulassung privater Rundfunkanstalten, die Einführung der Gesamtschule und die Aufhebung des Radikalenerlasses am umstrittensten zwischen SPD und CDU/CSU. Sie weisen eine absolute Mittelwertdifferenz von mehr als 3.0 auf einer 6-stufigen Skala auf³². Die kleinsten Unterschiede ergaben sich hingegen für die Reform des europäischen Agrarmarkts, die Stärkung des Europaparlaments, die Wiedereinführung der Todesstrafe, die Anhebung der Entwicklungshilfe und die Reduzierung der Schadstoffbelastung der Umwelt. Die geringen Differenzen für die zuletzt genannten Issues bedeuten natürlich nicht notwendigerweise, daß ein hoher Konsens in Schadstoffbelastung der Umwelt. Die meiste Zustimmung erhielt dabei die Einführung des Mehrheitsprinzips im Europaparlament. Diese durchweg positive Einstellung zur europäischen Einigung war auch 1972 bereits zu erkennen. Damals erhielt das Item „Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten der Einheit Westeuropas“ einen Durchschnittswert von 5.0. Das am negativsten bewertete Issue ist die Wiedereinführung der Todesstrafe, die von den Politikern aller drei Parteien einhellig abgelehnt wurde (92.5 Prozent).

³² Die Befragten stuften die einzelnen Items auf einer Skala von -3 (völlige Ablehnung) bis +3 (völlige Zustimmung) ein, auf der jedoch kein Nullpunkt als neutraler Wert vorgegeben war. Die Distanz zwischen den Skalenwerten +1 und -1 betrug also nur eine Einheit. Bei der Vercodung wurden die Skalenwerte daher in die numerischen Werte 1 bis 6 transformiert.

Tabelle 5: Links-Rechts-Skala, Parteienskalometer und politische Issue-Einstellungen^{a)}

	Faktorenloadungen auf der ersten Hauptkomponente	Mittelwerte der Politiker			Mittelwertsdifferenz SPD - CDU/GSU	Mittelwerte der anderen Eliten Parteipräferenz		
		SPD	CDU/GSU	FDP		SPD	CDU/GSU	FDP
Links-Rechts-Skala	-82	3.8	6.1	5.3	-2.3	4.1	6.6	5.4
Skalometer SPD	.72	+3.3	-2.3	+0.4	5.6	+3.2	-1.6	+0.2
Skalometer CDU	-.77	-1.1	+4.1	+0.5	-5.2	-0.7	+3.1	+0.7
Skalometer CSU	-.79	-3.0	+3.3	-2.1	-6.3	-2.9	+1.5	-1.5
Skalometer FDP	.07	+0.8	-0.8	+4.2	1.6	+0.3	0.0	+3.1
Skalometer Grüne	.49	-1.6	-3.5	-2.0	1.9	-2.0	-3.3	-2.4
Todesstrafe	-.44	1.1	1.8	1.2	-0.7	1.3	2.4	1.7
Aggressiver Weltkommunismus als Gefahr	-.70	2.8	5.2	3.4	-2.4	3.1	4.8	3.8
Umweltschutz - Reduzierung von Schadstoffen	.47	4.7	3.7	4.4	1.0	4.4	3.7	4.0
Gesamtschule	.79	5.5	1.7	4.7	3.8	5.0	2.3	3.5
Reform des EG-Agrarmarktes	-.01	4.0	3.8	3.0	0.2	4.4	4.5	4.5
Stärkung Europaparlament	.22	4.6	4.8	5.4	-0.2	4.3	4.0	4.1
Anhebung der Entwicklungshilfe	.53	4.7	3.8	4.4	0.9	4.7	3.5	4.1
Europäische Außenpolitik	.51	3.9	2.3	2.9	1.6	3.8	2.9	3.4
Kontrolle der Preisgestaltung für Benzin	.61	4.0	1.6	2.0	2.4	3.5	2.0	2.0
Einschränkung des Bankeneinflusses	.56	4.6	2.9	3.7	1.7	4.3	3.0	3.2
Abbau der Staatsverschuldung	-.65	2.3	4.2	4.3	-1.9	2.8	4.6	4.2
Aufhebung des Radikalerlasses	.77	4.9	1.6	4.5	3.3	4.1	1.8	3.0
Erweiterung der Mitbestimmung	.78	5.3	2.4	1.9	2.9	4.7	2.1	2.4
Zulassung privater Rundfunkanstalten	-.75	1.5	5.4	3.1	-3.9	2.1	4.8	4.3

Skalenbereiche: Links-Rechts-Skala links = 1
rechts = 10Skalometer -5
+5Issue-Einstellungen: völlige Ablehnung = 1
völlige Zustimmung = 6

Hauptkomponentenanalyse der Issue-Einstellungen

Angesichts der bedeutenden Rolle der FDP als Mehrheitsbeschaffer im Bundestag und in vielen Länderparlamenten ist neben den Distanzen zwischen SPD und CDU/CSU auch die relative Nähe der FDP zu den beiden großen Parteien von Interesse. Schaubild 2 zeigt, daß die Positionen der FDP-Politiker in fast allen Fragen zwischen denen der SPD einerseits und der CDU/CSU andererseits liegen, wobei sie einmal eher zur einen, ein andermal mehr zur anderen Seite tendieren. Um feststellen zu können, ob diesen wechselnden Distanzen der FDP-Politiker zu den großen Parteien systematische Ursachen zugrundeliegen – wie überhaupt zur Datenreduzierung –, bot sich die Faktorenanalyse als Methode an, die zugrundeliegenden Bewertungsdimensionen aufzudecken.

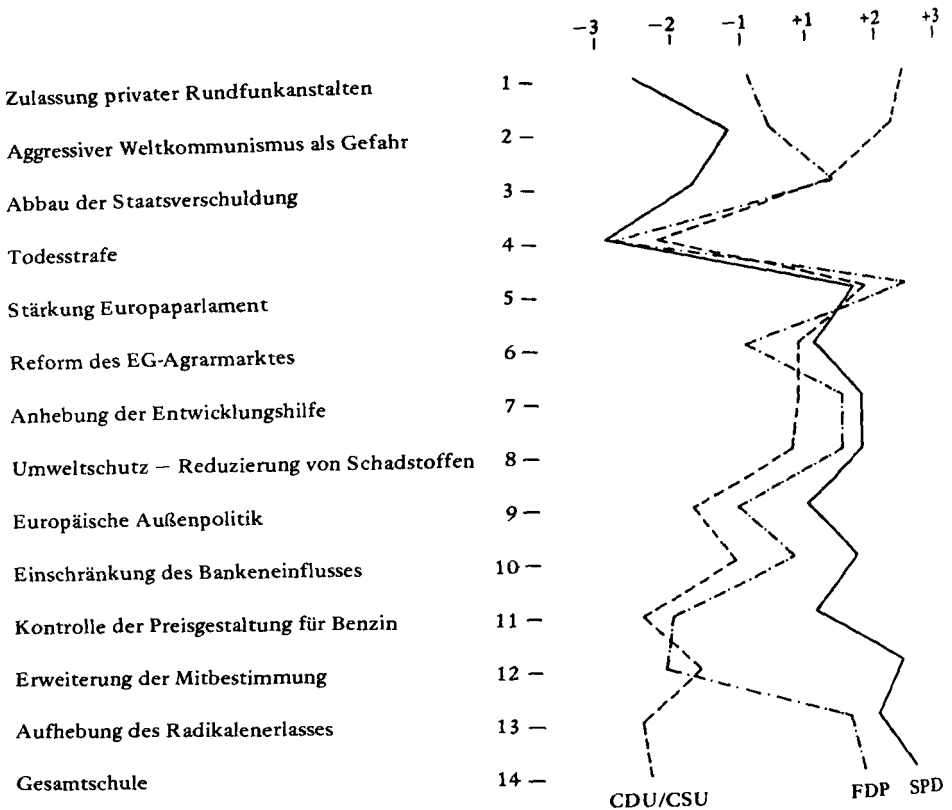
Eine Hauptkomponentenanalyse zeigte jedoch, daß die in den meisten Issues zutagetretenden Gegensätze zwischen SPD und CDU/CSU die Einzelbewertungen so stark prägen, daß sich nur ein einziger wichtiger Faktor ergab. Diese erste Hauptkomponente erklärt 44.7 Prozent der Gesamtvarianz, während die nächst geringere nur noch einen Erklärungsbeitrag von 9.4 Prozent leistet, die dritte einen von 8.3 Prozent. Eine Varimax-Rotation dieser ersten drei Faktoren ergab zudem, daß auf dem zweiten und dritten Faktor vor allem die zwischen den Parteien wenig umstrittenen Items Todesstrafe, Umweltschutz, Reform des EG-Agrarmarkts sowie die Erweiterung der Rechte des Europaparlaments laden. Dieses Ergebnis trägt also nichts zur Aufdeckung systematischer Ursachen für die im Hinblick auf die beiden großen Parteien wechselnde Position der FDP-Politiker bei.

Die Eindimensionalität der gefundenen Faktorenstruktur ist vermutlich in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die FDP-Politiker nur 9.1 Prozent der insgesamt befragten Politiker ausmachen. Da der FDP-Anteil an der Gesamtzahl der befragten Eliten etwas höher ist und 13.7 Prozent beträgt, wurde zusätzlich eine Analyse unter Einschluß aller Befragten berechnet, die jedoch lediglich den Erklärungsanteil der ersten Hauptkomponente auf 37.2 Prozent verminderte, im übrigen aber keinen Effekt auf die resultierende Struktur hatte.

Es lag daher nahe, das Instrument Faktorenanalyse nicht zur Gruppierung der Daten zu verwenden, sondern lediglich die erste Hauptkomponente zu betrachten. In einem nächsten Schritt wurden noch die Werte des Parteienskalometers sowie die Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala in die Analyse mit einbezogen. Mit diesem erweiterten Variablensatz erhöhte sich der Anteil der durch die erste Hauptkomponente erklärten Gesamtvarianz auf 38.2 Prozent für alle Befragten und sogar auf 47.0 Prozent für die befragten Politiker. Die Faktorenladungen der für alle 1744 Befragten durchgeführten Analyse sind in der ersten Spalte von Tabelle 5 enthalten. Sie kovariieren in Höhe und Vorzeichen weitgehend mit den Mittelwertdifferenzen zwischen SPD und CDU/CSU.

Zwischen der auf die Politiker beschränkten und der alle Befragten umfassenden Analyse ergab sich allerdings ein nicht unbeträchtlicher Unterschied bezüglich des Sympathiewerts für die FDP: Während dieser in Tabelle 5 nur eine Ladung von + 0.7 aufweist, läßt er bei den Politikern mit + .38 deutlich in SPD-Richtung. Der

Schaubild 2: Issuepositionen der Politiker
(geordnet nach Distanz zwischen SPD und CDU/CSU)



Grund hierfür läßt sich leicht aus den Mittelwerten ersehen: SPD-Politiker schätzen die FDP positiver ein als SPD-Anhänger, während umgekehrt die CDU/CSU-Politiker die FDP negativer bewerten als die Unionsanhänger.

Issue-Bereiche

Nachdem die Faktorenanalyse keine brauchbaren Hinweise auf eine Gruppierung der Issues liefern konnte, wurden die Skalenwerte für die Einzel-Issues nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu drei Indizes zusammengefaßt, die Einstellungen zur Gesellschafts-, Außen- und Wirtschaftspolitik betreffen³³. Dabei mußten die Issues

³³ Zur Bildung der Indizes wurden die Skalenwerte der einzelnen Issues addiert und durch die Zahl der in den Index eingegangenen Issues geteilt, so daß die Indizes wieder einen Wertebereich von 1 bis 6 aufweisen.

teilweise „umgedreht“ werden, so daß ein höherer Wert einheitlich eine SPD-Tendenz, ein niedrigerer eine CDU/CSU-Tendenz bedeutet.

Die beiden die EG betreffenden Issues blieben bei den weiteren Analysen außer Betracht, da sie zwischen den Parteien nicht umstritten waren.

Folgende Issues wurden zum *Index gesellschaftspolitischer Einstellungen* zusammengefaßt:

- Wiedereinführung der Todesstrafe (–)³⁴;
- Umweltschutz-Maßnahmen gegen Schadstoffbelastung (+);
- Einführung der Gesamtschule (+);
- Abschaffung des Radikalenerlasses (+);
- Zulassung privater Rundfunkanstalten (–).

In allen diesen Fragen stehen die FDP-Politiker denen der SPD näher als denen der CDU/CSU, so daß man sagen kann, daß Übereinstimmungen in der Gesellschaftspolitik auch 1981 noch ein Fundament der sozialliberalen Koalition bildeten. Die Distanz zwischen den beiden großen Parteien auf diesem Index beträgt 2.5, die zwischen SPD und FDP dagegen nur 0.6.

Drei der Issues betrafen *außenpolitische Einstellungen*, nämlich:

- Bedrohung des Westens durch den aggressiven Weltkommunismus (–);
- Erhöhung der Entwicklungshilfe (+);
- gemeinsame europäische Außenpolitik, notfalls auch gegen die Interessen der USA (+).

In den ersten beiden dieser Fragen steht die FDP der SPD näher als der CDU/CSU, in der letzten tendiert sie eher zur Unionsposition. Bezieht man noch die Antworten auf eine zusätzliche Frage nach der Einschätzung der Entspannungspolitik mit ein, so läßt sich die FDP-Position als pro-amerikanisch und zugleich für Entspannungspolitik charakterisieren, während die CDU/CSU eine noch ausgeprägtere US-Orientierung mit einem eher traditionellen Antikommunismus und einer starken Skepsis gegenüber der Entspannungspolitik verbindet. Die SPD schließlich ist durch eine entspannungsfreundliche Haltung, verbunden mit dem Wunsch nach einer eher von den USA unabhängigen Außenpolitik, gekennzeichnet.

Zum *Index für Einstellungen zur Wirtschaftsordnung* wurden schließlich folgende Issues zusammengefaßt:

- Preiskontrollen für Benzin (+);
- Reduzierung des Bankeneinflusses (+);
- Abbau von Sozialleistungen (–);
- Erweiterung der Mitbestimmung (+).

In diesen Fragen stehen die FDP-Politiker der CDU/CSU näher als der SPD, ja, sie lehnen die Ausweitung der Mitbestimmung sogar noch deutlich stärker ab als die Unionspolitiker.

³⁴ Das Vorzeichen zeigt an, ob die Codewerte bei der Bildung des Index beibehalten (+) oder vor der Addition umgedreht (–) wurden.

Die Ergebnisse entsprechen im wesentlichen dem Bild, das man als informierter Beobachter der politischen Parteien in der Bundesrepublik ohnehin hat. Ihr Wert liegt in erster Linie darin, daß die Daten es erlauben, solche subjektiven Eindrücke zu quantifizieren. Die Indexwerte zeigen deutlich, daß im Sommer 1981 der Vorrat der sozialliberalen Koalition an politischen Gemeinsamkeiten schon ziemlich zusammengeschmolzen war. Lediglich in gesellschaftspolitischen Fragen bestand noch weitgehende Übereinstimmung; diese besaßen aber angesichts der Krisenerscheinungen in der Wirtschaft keine hohe Priorität in der aktuellen Tagespolitik. Zudem sind deutliche Unterschiede zwischen SPD und FDP ausgerechnet hinsichtlich des einzigen aktuellen Themas in diesem Bereich, nämlich der Medienpolitik, zu erkennen. Die FDP-Politiker und insbesondere die FDP-Anhänger stehen hier im Einklang mit ihrer marktwirtschaftlichen Orientierung der Zulassung privater Rundfunkanstalten wesentlich aufgeschlossener gegenüber.

Die bisherigen Betrachtungen haben sich in erster Linie auf die befragten politischen Eliten beschränkt, während die Befragten in den übrigen Sektoren weitgehend außer Betracht blieben. Die Anhänger der Parteien in den Eliten sind aber als Bezugsgruppen für die politischen Eliten von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Bei der Analyse der Parteipräferenzen wurde bereits darauf hingewiesen, daß dies vor allem für die Repräsentanten der mit den Parteien verbundenen Interessengruppen gilt. Es liegt jedoch zur Hand, daß auch die Meinungen der Parteianhänger in den Führungspositionen der Ministerialbürokratie und der Massenmedien für die Durchsetzung der Positionen der Parteien im Gesetzgebungsprozeß und in der öffentlichen Meinung von den Partieliten nicht einfach ignoriert werden können.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Parteianhänger sowohl in den Einzelfragen als auch auf den Indizes eine relativ große Übereinstimmung mit den Politikern der von ihnen bevorzugten Partei aufweisen. Lediglich die FDP-Anhänger sind in gesellschaftspolitischen Fragen deutlich konservativer als die FDP-Politiker. Ein Vergleich mit den Positionen der Parteianhänger in der Bevölkerung zeigt, daß diese sehr viel weiter von den Einstellungen der politischen Eliten abweichen. Offensichtlich führt das höhere Informationsniveau der Eliten, verbunden mit der auf Elitenebene vorherrschenden hohen Interaktionsdichte zwischen politischen und anderen Eliten, zu einer starken Angleichung der Einstellungen.

Divergenzen innerhalb der FDP

Wie bereits erwähnt, erlauben unsere Daten es auch, parteiinterne Differenzen zu erkennen. Ein erstes Mittel hierzu ist die Betrachtung der Standardabweichungen in den einzelnen Untergruppen. Diese zeigen, daß die Politiker der einzelnen Parteien wesentlich homogenere Einstellungen aufweisen als die Gesamtgruppe der Politiker. Die FDP-Politiker sind jedoch vor allem in gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Fragen deutlich heterogener als die Vertreter der beiden großen Parteien. Dies weist darauf hin, daß das Meinungsspektrum innerhalb der FDP breiter ist und die Partei immer wieder vor ein Integrationsproblem stellt. Angesichts

Table 6: Einstellungen zur Gesellschafts-, Außen- und Wirtschaftspolitik 1972 und 1981
Skalenwerte: 1 bis 6

Gruppe	1981						1972						
	Gesellschafts-politik		Außenpolitik		Wirtschafts-politik		Gesellschafts-politik		Außenpolitik		Wirtschafts-politik		
	\bar{X}	S	\bar{X}	S	\bar{X}	S	\bar{X}	S	\bar{X}	S	\bar{X}	S	
	n												
SPD-Politiker	124	5.3	.63	4.3	.81	4.6	.75	5.0	.47	3.8	.76	4.1	.73
CDU/CSU-Politiker	125	2.8	.57	2.7	.69	2.4	.72	3.6	.69	2.3	.51	2.8	.60
FDP-Politiker	25	4.7	1.01	3.6	.94	2.5	.79	5.0	.50	3.7	.70	3.3	.74
Politiker insgesamt	274	4.1	1.38	3.5	1.10	3.4	1.32	4.4	.91	3.1	.98	3.4	.87
<i>Andere Eliten</i>													
SPD-Präferenz	318	4.8	.78	4.2	.84	4.2	1.00	4.9	.67	3.9	.79	3.9	.73
CDU/CSU-Präferenz	670	2.9	.78	2.9	.87	2.4	.86	3.7	.72	2.6	.71	2.6	.66
FDP-Präferenz	214	3.7	.85	3.6	.91	2.6	.89	4.4	.68	3.4	.82	3.1	.67
Grüne Präferenz	30	5.3	.87	4.8	.88	4.6	1.11	—	—	—	—	—	—
Verwaltung	296	3.8	1.06	3.4	.96	3.1	.93	4.2	.77	3.1	.85	3.2	.73
Wirtschaft	459	2.9	.90	2.9	.89	2.2	.92	3.7	.83	2.8	.85	2.4	.70
Gewerkschaften	87	5.0	.71	4.1	.78	5.0	.73	5.2	.46	4.1	.74	4.5	.42
Massenmedien	222	3.9	1.04	3.5	1.07	3.0	1.04	4.6	.77	3.5	1.00	3.5	.79
Wissenschaft	130	3.7	1.03	3.6	1.03	2.7	1.03	4.7	.77	3.8	.99	3.6	.98
Militär	43	2.9	.74	2.8	.87	2.6	.74	3.8	.59	2.4	.62	2.8	.43
Kultur	104	4.5	1.05	4.2	1.14	3.6	1.21	—	—	—	—	—	—
Andere Eliten insgesamt	1470	3.7	1.16	3.4	1.07	2.9	1.20	4.2	.86	3.1	.96	3.1	.89

der Existenz eines mehr konservativ-liberalen und eines sozialliberalen Flügels in dieser Partei, die sich gerade zu Beginn der achtziger Jahre erneut vor allem in der Koalitionsfrage zeigte, lag es nahe, die Befragten nach ihrer Haltung zu dieser Frage zu unterteilen und auf Einstellungsunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen hin zu analysieren. Da die Antworten auf die Frage nach der präferierten Koalition jedoch vermutlich stark von taktischen Erwägungen bestimmt waren, wurde nicht diese Frage als Unterscheidungsmerkmal benutzt. FDP-Politiker wie -Anhänger wurden vielmehr danach unterteilt, ob sie der SPD oder der CDU einen höheren Sympathiewert auf dem Parteienskalometer gegeben hatten.

Dabei zeigte sich tatsächlich, daß die FDP-Politiker die Koalitionsfrage taktisch behandelten: Während sich 80 Prozent von ihnen für die Beibehaltung der sozialliberalen Koalition aussprachen, zogen nur 32 Prozent die SPD der CDU vor, 44 Prozent dagegen präferierten die CDU, während schließlich 24 Prozent beide großen Parteien gleich einstufte. Bei den FDP-Anhängern in den Eliten betragen die entsprechenden Werte 33.6 Prozent, 50.5 Prozent und 15.9 Prozent.

Wegen der geringen Fallzahl der befragten FDP-Politiker ($n = 25$) kam deren weitere Unterteilung für die Analyse nicht in Betracht. Angesichts der nur geringfügigen Einstellungsunterschiede zwischen Politikern und Parteianhängern in den Eliten wurden sie daher für die weitere Analyse mit den FDP-Anhängern zusammengefaßt. Die Unterteilung zeigte deutliche und konsistente Unterschiede der beiden Untergruppen in Sachfragen. Am größten waren sie für die folgenden Issues:

	SPD vor CDU	CDU vor SPD
Einführung der Gesamtschule	4.3	3.2
Aufhebung des Radikalenerlasses	4.1	2.6
Erweiterung der Mitbestimmung	3.0	2.0

Für die drei Issuebereiche ergab sich eine Differenz von 1.0 in gesellschaftspolitischen, von 0.6 in außenpolitischen Fragen und von 0.7 in Fragen der Wirtschaftsordnung. Dies bestätigt die Existenz von zwei Flügeln in der FDP, die sich in Sachfragen, aber auch in ihrer Haltung zu den beiden großen Parteien unterscheiden.

Sektor vs. Parteipräferenz als Prädiktorvariable

Bei den in Tabelle 6 ausgewiesenen Werten für die einzelnen Elitesektoren zeigt sich deutlich, daß in den parteipolitisch heterogenen Sektoren Verwaltung, Massenmedien, Wissenschaft und Kultur die Issue-Einstellungen stärker durch die Parteipräferenz als durch die Sektorzugehörigkeit geprägt sind. Die Standardabweichungen für diese Sektoren sind höher, und die Mittelwerte liegen tendenziell in der Mitte zwischen der SPD- und der Unionsposition. Die Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten zeichnen sich demgegenüber durch eine ihrer überwiegenderen Parteineigung entsprechende Übereinstimmung mit den Parteiliten nicht nur in wirtschaftspolitischen, sondern auch in gesellschafts- und außenpolitischen Fragen aus. In Fragen der Wirt-

schaftsordnung nehmen sie sogar noch geringfügig mehr polarisierte Positionen als die jeweiligen Partieliten ein.

Die Ergebnisse bestätigen also nicht die landläufige Annahme bestimmter Sektormentalitäten, nach denen beispielsweise Verwaltungseliten „konservativ“, Kommunikationseliten dagegen „liberal“ sind. Es ist nicht auszuschließen, daß solche Stereotypen für das in diesen Sektoren vorherrschende Rollenverständnis zutreffend sind, sie sind jedoch kaum als Indikator für die Einstellungen zu politischen Streitfragen geeignet. Dies konnte im übrigen schon bei der Analyse der Eliteumfrage von 1972 nachgewiesen werden³⁵ und hat sich bei der neuen Umfrage erneut bestätigt. In den USA erbrachte demgegenüber eine vergleichbare Eliteumfrage 1972, daß die Führer der Demokraten und Republikaner lediglich im Hinblick auf wirtschaftliche Fragen die Extrempositionen des Einstellungsspektrums innehatten, während in außenpolitischen (Vietnam) und gesellschaftspolitischen Fragen (z.B. Jugendprotest, *civil liberties*) die Medieneliten und liberalen Vereinigungen den Gegenpart zu den Republikanern bildeten. Die Demokraten nahmen hier lediglich mittlere bis konservative Positionen ein³⁶. Die zentrale Rolle, die die politischen Parteien in parlamentarischen Regierungssystemen spielen, überlagert dagegen in der Bundesrepublik sektorspezifische Effekte. Entsprechend ist die Parteipräferenz eine zentrale Variable, da sie die Issue-Einstellungen strukturiert.

Veränderungen seit 1972

Der Vergleich der Indexmittelwerte zwischen 1972 und 1981 gibt wichtige Hinweise auf inzwischen eingetretene Veränderungen der Distanz zwischen den Parteien. Wie die Werte in Tabelle 7³⁷ zeigen, hat die Distanz zwischen den Parteien in gesellschaftspolitischen Fragen zugenommen. Die SPD ist hier weiter nach links, die

35 Vgl. Ursula Hoffmann-Lange, *Politische Einstellungsmuster in der westdeutschen Führungsschicht*. Diss., Mannheim 1977; Ursula Hoffmann-Lange / Helga Neumann / Bärbel Steinkemper, *Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M.: Peter Lang 1980, S. 66 ff.

36 Vgl. Allen H. Barton, Consensus and Conflict Among American Leaders, in: *Public Opinion Quarterly*, 38. Jg. 1974, S. 511 ff.

37 Folgende Issues der Umfrage von 1972 wurden zu den drei Indizes zusammengefaßt:
Gesellschaftspolitik

- Wiedereinführung der Todesstrafe (–);
- Liberalisierung des Strafrechts (+);
- Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes auf Kosten des Individualverkehrs (+);
- Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen nach dem Verursachungsprinzip (+);
- Erziehung der Jugend zur Einfügung in die bestehende Ordnung (–).

Außenpolitik

- Bedrohung des Westens durch den aggressiven Weltkommunismus (–);
- Stärkung der Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses (–);
- Völkerrechtliche Anerkennung der DDR (+);
- mehr Mittel für die Entwicklungspolitik (+).

CDU/CSU weiter nach rechts gerückt. In der Außenpolitik ist die Distanz zwischen SPD und FDP geringfügig, in der Wirtschaftspolitik sogar deutlich gestiegen, während sich gleichzeitig die entsprechenden Distanzen zwischen FDP und CDU/CSU vermindert haben. Die quantitative Analyse bestätigt also den bereits anhand der Einzel-Issues gewonnenen Eindruck, daß 1981 die inhaltliche Basis der sozialliberalen Koalition stark geschrumpft war, dem Koalitionswechsel also durchaus auch Differenzen in Sachfragen zugrundelagen. Gleichzeitig kann man jedoch sehen, daß das Konfliktmuster im wesentlichen gleichgeblieben ist: Die Mittelposition der FDP zwischen den großen Parteien ist grundsätzlich ambivalent. In der Gesellschaftspolitik neigt sie eher zur SPD, in der Wirtschaftspolitik eher zur CDU/CSU, während sie in außenpolitischen Fragen ostpolitisch mehr Berührungspunkte mit der SPD und westpolitisch mit der CDU/CSU aufweist. Bezüglich der Ostpolitik ist ihre Position 1981 jedoch skeptischer als 1972: Die durchschnittliche Zustimmung zu dem Item „Die größte Gefahr für die westlichen Demokratien ist nach wie vor der aggressive Weltkommunismus, dem nur mit Härte begegnet werden kann“ ist bei den FDP-Politikern von 2.6 auf 3.4 gestiegen, während die beiden großen Parteien ihre Positionen praktisch nicht verändert haben.

Tabelle 7: Veränderungen in den Distanzen zwischen den Parteien 1972–1981

	Gesellschaftspolitik	Außenpolitik	Wirtschaftspolitik
SPD – CDU/CSU	+ 1.1	+ 0.1	+ 0.9
SPD – FDP	+ 0.6	+ 0.6	+ 1.3
CDU/CSU – FDP	+ 0.5	– 0.5	– 0.4

Absolut gesehen, sind die Verschiebungen allerdings nicht groß genug, um einen Koalitionswechsel zwingend zu machen. Von daher liegt es nahe, neben den bisher betrachteten Positions-Issues zu prüfen, ob sich möglicherweise ausgeprägte Veränderungen in den politischen Prioritäten ergeben haben.

Fortsetzung Fußnote 37

Wirtschaftsordnung

- Erweiterung der Mitbestimmung (+);
- Erweiterung der Sozialversicherung (+);
- Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden (+);
- Vermögensumverteilung (+);
- Erhaltung der deutschen Landwirtschaft (–);
- Sicherung des selbständigen Mittelstandes (–);
- Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft (–).

Eine detaillierte Analyse der Ergebnisse für die einzelnen Issues findet sich in: Hoffmann-Lange, *Politische Einstellungsmuster* (Anm. 35).

Unterschiede in der Bewertung politischer Ziele und in den politischen Prioritäten

Mit den bisher betrachteten Issue-Einstellungen sollte herausgefunden werden, über welche konkreten Vorhaben in den Eliten 1981 Konsens und Konflikt bestand. Die Befragten waren zusätzlich aber auch gebeten worden, die Wichtigkeit von 25 vorgegebenen politischen Zielen einzustufen. Die Wichtigkeitseinstufungen geben Auskunft darüber, ob die vorgegebenen Ziele von allen Parteien gleichermaßen oder aber unterschiedlich betont werden (*selective emphasis*)³⁸.

Die Unterschiede zwischen den Parteien sind allerdings trotz der größeren Skalenbreite (11-stufige Skala) durchweg gering. Die Mittelwerte für die meisten Ziele bewegen sich zwischen 7.0 und 8.5, die Differenzen zwischen SPD- und CDU/CSU-Politikern liegen in nur acht Fällen, d.h. bei 32 Prozent der Ziele, über 1.5, während dies trotz der dort schmaleren Bandbreite der Skala bei fast 65 Prozent der Positions-Issues der Fall war. SPD und Union unterscheiden sich am stärksten im Hinblick auf die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft, die Verminderung der Staatsverschuldung, die Entspannungspolitik sowie die Einschränkung des Individualverkehrs, wobei dieses letzte Ziel aber für alle Parteien nur von untergeordneter Bedeutung ist. Wie schon bei den Positions-Issues stehen die FDP-Politiker in der Entspannungspolitik der SPD und in der Frage der sozialen Marktwirtschaft der CDU/CSU näher. Herausragendes Ergebnis dieser Frage sind aber weniger diese, wenn auch aufschlußreichen Unterschiede zwischen den Parteien als vielmehr die große Einigkeit, die in der Agenda der Parteien zum Ausdruck kommt.

In allen drei Eliteumfragen war auch noch eine offene Frage enthalten, mit der die Befragten gebeten wurden, die für die nähere Zukunft wichtigsten Probleme der Bundesrepublik zu nennen. Die Antworten auf diese Frage lassen trotz der im einzelnen unterschiedlichen Frageformulierungen und Vercodungsregeln deutliche Veränderungen in bezug auf die großen Politikfelder erkennen. Während 1968 und 1972 über 30 Prozent der Befragten Probleme der Ost- und Deutschlandpolitik nannten, spielte dieser Bereich 1981 mit nur noch 18 Prozent eine wesentlich geringere Rolle. Demgegenüber haben sicherheitspolitische Fragen zunehmend an Bedeutung gewonnen und liegen 1981 mit 43.3 % nach der Wirtschaftspolitik an zweiter Stelle.

Besonders dramatisch nahm die der Bildungspolitik zugeschriebene Bedeutung ab: 1968 nannten 21.2 Prozent der Befragten ein Thema aus dem Bildungsbereich und 1972 sogar 43.2 Prozent, 1981 waren es dagegen nur noch 9 Prozent. Arbeitsmarkt- und Energiepolitik sind zwei weitere Felder, auf denen sich die enormen Veränderungen der politischen Agenda seit 1968 ablesen lassen. Während 1968 und 1972 beide Bereiche praktisch unerwähnt blieben, wurden sie 1981 von über 30 Prozent der Befragten genannt. Ebenso haben Familienpolitik / Jugendprobleme zu-

38 Vgl. dazu Ian Budge / Dennis Farlie, *Party Competition – Selective Emphasis or Direct Confrontation?*, in: Daalder / Mair (Hrsg.), *Western European Party Systems* (Anm. 4), S. 267–305.

Tabelle 8: Wichtigkeitseinstufungen von 25 politischen Zielen 1981

	Politische Eliten				Andere Eliten			
	Insg.	SPD	CDU/CSU	FDP	Insg.	SPD	CDU/CSU	FDP
Preisstabilität	7.3	6.6	7.9	7.4	7.5	6.7	8.0	7.5
Verbesserung des Bildungswesens	6.4	6.7	6.1	6.5	6.5	6.7	6.5	6.4
Innere Sicherheit	7.4	6.7	8.1	7.3	7.4	6.6	8.1	7.2
Entspannung	7.8	9.0	6.5	8.5	7.4	8.7	6.7	7.5
Wirtschaftswachstum	6.8	6.4	7.2	6.8	6.6	6.4	7.1	6.2
Gutes Verhältnis zu den USA	7.7	6.6	8.8	7.8	7.4	6.5	8.1	7.1
Europäische Einigung	7.3	6.7	7.8	7.6	7.3	7.0	7.6	7.1
Umweltschutz	7.3	7.6	6.9	7.4	6.7	7.3	8.3	6.6
Bekämpfung des Terrorismus	7.1	6.4	7.8	7.0	6.9	6.3	7.8	6.6
Verminderung der Staatsverschuldung	7.1	5.6	8.5	6.8	7.2	5.6	8.2	7.1
Sicherung der Verteidigungsbereitschaft	7.5	6.2	8.8	7.0	7.4	6.1	8.3	7.3
Kontrolle der multinationalen Konzerne	5.3	6.5	4.2	4.6	4.7	6.1	4.1	4.2
Schutz der Grundrechte	8.5	8.8	8.0	9.1	8.4	8.7	8.2	8.5
Sicherung der Renten	7.5	7.5	7.5	7.3	7.2	7.5	7.3	6.8
Energieversorgung	8.4	8.1	8.9	7.8	8.4	8.1	8.7	8.4
Gutes Verhältnis zur Sowjetunion	6.2	6.3	5.9	6.6	6.0	6.4	5.9	5.8
Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft	7.3	5.5	8.8	8.4	7.9	6.3	8.8	8.1
Verbesserung des städtischen Lebensraums	6.5	6.8	6.2	6.4	6.2	6.7	5.9	6.0
Unabhängigkeit der Medienberichterstattung	7.8	7.8	7.9	7.6	7.8	8.1	7.6	7.8
Datenschutz	6.0	6.4	5.4	6.7	5.7	6.5	5.1	5.8
Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien	6.6	7.5	5.8	6.6	6.3	7.2	5.8	6.2
Vollbeschäftigung	8.3	8.9	8.0	6.9	7.5	8.5	7.2	7.2
Einschränkung des Individualverkehrs	4.4	5.6	3.1	4.6	4.3	5.1	3.8	4.0
Förderung des Mietwohnungsbaus	6.9	7.3	6.6	6.4	6.4	7.1	6.3	5.9
Augenwirtschafliches Gleichgewicht	7.4	7.2	7.5	7.4	7.5	7.0	7.8	7.4

genommen, was jedoch teilweise auch ein Artefakt des 1981 benutzten Vercodungs-schemas sein kann, das die Verncoder für das Jugendthema besonders sensibilisierte.

Wenngleich sich die Selective-Emphasis-These in erster Linie auf die Selbstdarstellung der Parteien in der Öffentlichkeit bezieht, läßt sich ein vergleichbarer Effekt auch in den Interviewantworten der Eliten erkennen: Wirtschaftspolitische Fragen und die Innere Sicherheit werden von den Unionsparteien, die Arbeitsmarktpolitik dagegen von der SPD mehr betont. Die hohe Priorität, die der Sicherheits- und Energiepolitik von der SPD eingeräumt wird, ist jedoch vermutlich weniger auf *selective emphasis* zurückzuführen als vielmehr darauf, daß diese Fragen innerparteilich in der SPD besonders umstritten sind.

Die politischen Prioritäten und Wichtigkeitseinstufungen zeigen, daß die FDP-Politiker und -Anhänger wirtschaftspolitischen Fragen durchweg eine viel größere Bedeutung einräumen als die SPD-Vertreter. Umgekehrt rangieren Vollbeschäftigung und Arbeitsmarktpolitik bei ihnen weit niedriger. Wie schon bei den Issue-Einstellungen stehen die FDP-Politiker und -Anhänger auch im Hinblick auf die Bedeutung politischer Ziele der CDU/CSU in wirtschaftspolitischen Fragen näher. Dieser wirtschaftspolitische Konflikt hat dann schließlich auch den Ausschlag für den Bruch der sozialliberalen Koalition gegeben. Die gesellschafts- und außenpolitischen Fragen dagegen, die eine weiterhin existierende Basis der Koalition darstellten, genossen 1981 nur noch untergeordnete Bedeutung. Zwar wurde die Entspannungspolitik von den FDP-Vertretern auch 1981 noch durchweg hoch eingestuft, ihre niedrige Priorität kommt jedoch in der nur geringen Zahl von offenen Nennungen für die Ost- und Deutschlandpolitik zum Ausdruck. Diese Politik war 1981 im wesentlichen abgeschlossen und stellte somit kein wichtiges Thema mehr dar. Gleiches gilt für die Bildungspolitik, die ja zu Beginn der sozialliberalen Ära ein wichtiger Bestandteil der Politik der Inneren Reformen war.

5. Alte und Neue Politik in den Eliten

Es ist ein häufig geübter Brauch, Umfragedaten auf systematische Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Befragten hin zu analysieren. Man verspricht sich davon wichtige Aufschlüsse über zu erwartende politische Veränderungen in der Zukunft. In den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik geschah dies in der Regel, um die Auswirkungen der unterschiedlichen Regimeformen auf grundlegende Einstellungen zur Demokratie zu studieren. In den letzten Jahren gilt das Interesse hingegen mehr der Untersuchung des Wertewandels in den jüngeren Alterskohorten hoch-industrialisierter Gesellschaften. Nach der These Ingleharts und in ihrem Gefolge auch vieler anderer Autoren haben sich bei den unter den Wohlstandsbedingungen der Nachkriegszeit aufgewachsenen Alterskohorten zunehmend neue „postmaterialistische“ Prioritäten entwickelt, die nach und nach die Dominanz der unter den Bedingungen knapper Ressourcen vorherrschenden „materialistischen“, d.h. auf die

Tabelle 9: Die zehn 1981 am häufigsten genannten politischen und gesellschaftlichen Probleme der Bundesrepublik^{a)} (prozentuiert auf die Zahl der Befragten)

	1968		1972		1981		<i>Politische Eliten 1981</i>				<i>Andere Eliten 1981</i>			
	Insg.	Insg.	Insg.	Insg.	Insg.	Insg.	Insg.	SPD	CDU/CSU	FDP	Insg.	SPD	CDU/CSU	FDP
Wirtschaftspolitik	28.5	61.4	49.9	47.4	37.1	57.6	48.0	50.4	37.4	57.3	53.3			
Politische Ordnung/Demokratie/gesellschaftliche Werte	16.0	40.9	43.6	33.9	26.6	38.4	48.0	45.9	32.1	50.6	48.6			
Sicherheitspolitik	10.4	19.4	43.3	63.5	70.2	61.6	40.0	39.5	50.6	36.3	34.6			
Energiepolitik	1.7	0.2	31.9	36.1	48.4	24.8	32.0	31.1	39.0	27.2	33.6			
Arbeitsmarktpolitik/Arbeitslosigkeit/Vollbeschäftigung	3.6	3.0	31.0	40.5	53.2	27.2	44.0	29.2	46.5	23.4	27.1			
Familienpolitik/Jugendprobleme/Generationenproblem	0.0	5.2	30.6	27.4	26.6	28.0	28.0	31.2	33.0	29.0	33.2			
Innere Sicherheit	10.3	16.5	23.4	26.6	15.3	39.2	20.0	22.8	17.9	25.2	23.8			
Sozialpolitik	10.5	12.7	22.8	25.2	26.6	24.0	24.0	22.4	26.7	21.5	19.6			
Umweltpolitik	0.0	22.9	19.3	25.5	32.3	16.8	36.0	18.1	21.7	14.6	19.6			
Ost- und Deutschlandpolitik	39.6	31.1	18.1	9.9	8.9	8.8	20.0	19.6	17.6	20.0	19.6			

a) Vollständiger Fragetext: Welches sind Ihrer Meinung nach die grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Probleme, denen sich die Bundesrepublik gegenübersteht und die vermutlich auch längerfristig von Bedeutung sein werden?

Befriedigung grundlegender Sicherheitsbedürfnisse ausgerichteter Prioritäten ablösen³⁹.

Auch wenn diese Theorie des Wertewandels methodisch wie theoretisch vielfach kritisiert wurde, herrscht doch weitgehende Einmütigkeit darüber, daß die jüngere Generation heute ein verändertes Verhältnis zur Politik hat⁴⁰. Politisches Interesse und die Kritik an den etablierten Parteien haben zugenommen, während die Bereitschaft, politische Entscheidungen zu akzeptieren, zurückgegangen ist. Dies konfrontiert die Eliten mit neuen Problemen, da über die traditionell übliche Partizipation organisierter Interessen hinaus, die in der Regel auf hoher Aggregationsebene stattfindet, zunehmend dezentrale und wenig institutionalisierte Bürgerinitiativen und -gruppen versuchen, politische Entscheidungen zu beeinflussen oder sie zumindest nicht mehr einfach hinzunehmen.

Unsere Daten erlauben es natürlich nicht, diese Fragen im Detail auszuloten. Es läßt sich jedoch untersuchen, ob Kohortenunterschiede auch in den Eliten festzustellen sind und ob diese in dieselbe Richtung gehen, wie wir das aus Bevölkerungsumfragen kennen. Damit können zwei wesentliche Annahmen der Theorie Ingleharts überprüft werden. Das ist einmal der von ihm vertretene rein individualistische Ansatz, nach dem Werteprioritäten ausschließlich auf die Sozialisationsbedingungen des einzelnen zurückführbar sind. Da Eliten sich disproportional aus den oberen Rängen der sozialen Schichtungs pyramidale rekrutieren, müßten sie demnach selbst in den älteren Kohorten einen wesentlich höheren Anteil an Postmaterialisten aufweisen als die Bevölkerung.

Der zweite zu überprüfende Aspekt bezieht sich auf die Frage, ob wir es beim Postmaterialismus auch auf Elitenebene mit einer neuen Konfliktdimension zu tun haben, die quer zu den traditionellen Konfliktlinien zwischen den etablierten Parteien verläuft, und zwar insbesondere zu der des ökonomischen Verteilungskonflikts. Weiter oben wurde ja bereits darauf hingewiesen, daß die Zuordnung von einzelnen Konfliktstoffen zu Konfliktlinien weniger „objektiv“ begründet als vielmehr politisch definiert ist. Es wäre also auch vorstellbar, daß die etablierten Parteien längst damit begonnen haben, sich dieses neuen Konfliktes zu bemächtigen und ihn in die traditionellen Konfliktlinien zu integrieren. Auf eine solche Möglichkeit der Absorption der Postmaterialismusedimension in das Links-Rechts-Schema hat Inglehart jüngst selbst hingewiesen⁴¹.

Bei der Betrachtung von Alterskohorten in den Eliten ist zu berücksichtigen, daß

39 Inglehart, *The Silent Revolution* (Anm. 9).

40 Es kann an dieser Stelle natürlich nicht auf die inzwischen sehr umfangreiche diesbezügliche Diskussion eingegangen werden. Daher sei lediglich auf zwei grundlegende jüngere Kritiken sowie auf die Antwort Ingleharts darauf verwiesen: Jan W. van Deth, *The Persistence of Materialist and Value Orientations*, in: *European Journal of Political Research*, 11. Jg. 1983, S. 63–79; Ferdinand Böltken / Wolfgang Jagodzinski, *Postmaterialismus in der Krise*, in: *ZA-Information*, Heft 12, 1983, S. 11–20; Ronald Inglehart, *New Perspectives on Value Change*, in: *Comparative Political Studies*, 17. Jg. 1984 (im Druck).

41 Ronald Inglehart, *Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24. Jg. 1983, S. 139–165.

die Eliten nur Personen einer relativ kleinen Altersspanne umfassen. Sie sind zum größten Teil zwischen 40 und 70 Jahre alt. Die in ihnen vertretenen Alterskohorten sollten sich daher nur wesentlich weniger unterscheiden als die sehr viel weiter auseinanderliegenden ältesten und jüngsten Kohorten der Bevölkerung.

Die Überprüfung dieser drei Hypothesen setzt Vergleiche zwischen Eliten und Bevölkerung voraus. Daher werden für die folgenden Analysen nicht nur die Ergebnisse der Eliteumfrage von 1981, sondern auch die der 1982 durchgeführten Bevölkerungsumfrage herangezogen.

Alter und Issue-Einstellungen

Wie schon in der Eliteumfrage 1972, ergaben sich auch 1981 signifikante, wenn auch nicht besonders enge Zusammenhänge zwischen dem Lebensalter und den Issue-Einstellungen der Befragten, wobei Eliten wie Bevölkerung mit zunehmendem Lebensalter konservativere Ansichten äußerten, d.h. die Korrelationen sind durchweg negativ⁴². Dies zeigt sich auch in den Mittelwertsunterschieden zwischen den Alterskohorten⁴³.

Diese Issue-Einstellungen betreffen allerdings in erster Linie die über die etablierten Parteien definierten Konfliktstoffe der Politik. Die These des Wertewandels impliziert nicht, daß die alten Parteikonflikte über diese Themen abnehmen. Sie besagt vielmehr, daß diese alten Themen insgesamt zunehmend an Bedeutung verlieren, während zugleich neue Konfliktstoffe aktuell werden, deren Fronten unabhängig von den alten Gruppierungen verlaufen.

In diesem Zusammenhang ist vor allem die Frage der Kernenergie von Bedeutung, an der sich die jüngste Protestbewegung ja hauptsächlich entzündet hat und die schließlich ein wesentlicher Auslöser für die Gründung der Grünen geworden ist. Unterteilt man die Antworten auf eine diesbezügliche Frage nach Alterskohorten, so plädieren tatsächlich insbesondere viele Befragte in der jüngsten Altersgruppe für den Ausstieg aus der Kernenergie. Der Zusammenhang zwischen Alter und der Einstellung zur Kernenergie (für oder gegen den systematischen Ausbau) ist allerdings nicht enger als für die übrigen Positions-Issues. Der Korrelationskoeffizient beträgt

42 Für 1972 vgl. Hoffmann-Lange / Neumann / Steinkemper, *Konsens und Konflikt* (Anm. 35), S. 69.

43 In den Eliten wurden vier, in der Bevölkerung fünf Kohorten unterschieden:
 – bis 1920
 – 1921–1930
 – 1931–1940
 – 1941–1950
 – ab 1951 (nur Bevölkerung).

Die getroffene Kohortenunterteilung beansprucht nicht, Generationslagen zu definieren, was m.E. immer problematisch ist, da die getroffenen Abgrenzungen in den Randbereichen zwangsläufig unscharf sind. Diese Unschärfe ist natürlich bei Eliten mit ihrer Häufung in den mittleren Jahrgängen besonders problematisch, da hier – anders als in der Bevölkerung – keine Normalverteilung auf die einzelnen Jahrgänge in den Kohorten erwartet werden kann.

Tabelle 10: Korrelationen zwischen Alter und Issue-Bereichen

	Gesellschaftspolitik	Außenpolitik	Wirtschaftspolitik
<i>1981</i>			
Politische Eliten	-.19	-.16	-.15
Andere Eliten	-.24	-.21	-.11
Bevölkerung	-.17	-.15	-.09
<i>1972</i>			
Politische Eliten	-.23	-.21	-.31
Andere Eliten	-.30	-.25	-.26

für die Bevölkerung nur .06, für die nichtpolitischen Eliten .16 und für die politischen Eliten schließlich .13.

Unterteilt man die Befragten nach ihrer Parteipräferenz, so lehnen die Anhänger der Grünen in der Bevölkerung die Kernenergie am vehementesten ab. Umgekehrt äußern 33.5 Prozent der Befragten, die für völligen Verzicht auf die Kernenergie plädieren, eine Sympathie für die Grünen, während es insgesamt nur 9.4 Prozent sind. In der Kernenergiefrage tut sich also eine deutliche Repräsentationslücke zwischen den etablierten Parteien und insbesondere den jüngeren Wählerkohorten auf. Auch wenn die befragten SPD-Politiker mehrheitlich zumindest einen Planungsstopp für weitere Kernkraftwerke befürworten, bleiben sie damit doch hinter den Forderungen von fast der Hälfte der jüngeren Wähler zurück.

Postmaterialistische Prioritäten

Zum Schluß soll nun geprüft werden, inwieweit postmaterialistische Prioritäten in Eliten und Bevölkerung verbreitet sind und wie sich der Zusammenhang zwischen ihnen und anderen Variablen darstellt. Postmaterialistische Prioritäten wurden in unseren Umfragen mittels der Kurzversion der Inglehartschen Frage gemessen, bei der die Befragten gebeten werden, eine Rangordnung von vier Zielen zu bilden:

- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande;
- mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung;
- Kampf gegen die steigenden Preise;
- Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Die Zuordnung zu einem der vier Typen – materialistisch, eher materialistisch, eher postmaterialistisch, postmaterialistisch – erfolgt aufgrund der Ziele auf den ersten beiden Rangplätzen.

In der Bevölkerung zeigt sich wie erwartet ein deutlicher Zusammenhang des Postmaterialismus-Index mit den Variablen soziale Herkunft (Berufsstatus des Vaters), Ausbildung und Alter. Von diesen drei unabhängigen Variablen hat jedoch le-

Tabelle 11: Einstellung zur Kernenergie

	n	% völliger Verzicht	% weitere Nutzung, jedoch Baustopp	Planungsstopp	% systematischer Ausbau
<i>Politische Eliten</i>					
SPD-Politiker	124	0.8	14.4	61.0	23.7
CDU/CSU-Politiker	125	0.0	1.6	2.4	96.0
FDP-Politiker	25	0.0	8.7	39.1	52.2
Insgesamt	274	0.4	7.9	31.7	60.0
<i>Andere Eliten</i>					
SPD-Präferenz	318	1.3	13.9	36.1	48.7
CDU/CSU-Präferenz	670	0.3	0.8	7.7	91.3
FDP-Präferenz	214	1.0	3.4	19.8	75.8
Grüne Präferenz	30	30.0	36.7	16.7	16.7
Insgesamt	1470	1.6	5.6	18.0	74.8
<i>Bevölkerung</i>					
SPD-Präferenz	504	10.8	23.2	32.9	33.1
CDU/CSU-Präferenz	832	6.9	12.1	37.5	43.4
FDP-Präferenz	166	8.5	20.1	35.4	36.0
Grüne Präferenz	156	40.4	30.8	18.6	10.3
„Postmaterialisten“	242	26.9	28.5	28.1	16.5
Insgesamt	2206	11.9	19.6	34.3	34.2
<i>Bevölkerung nach Alterskohorten</i>					
bis 1920	499	11.2	15.6	36.6	36.6
1921–1930	290	4.5	21.1	38.8	35,6
1931–1940	381	9.6	18.4	33.5	38.6
1941–1950	417	9.8	22.1	31.9	36.2
1951 und später	619	18.8	21.1	32.4	27.7

Tabelle 12: Korrelationen zwischen sozialer Herkunft, Ausbildung, Alter und Postmaterialismus-Index in Eliten und Bevölkerung

	Politische Eliten	Andere Eliten	Bevölkerung
Soziale Herkunft ^{a)}	-.01	-.10	.16
Ausbildung ^{b)}	.01	-.05	.30
Alter	-.22	-.26	-.30

a) Arbeiter vs. Mittelschicht.

b) Weniger als Abitur vs. Abitur.

diglich das Alter auch bei den Eliten einen Effekt auf postmaterialistische Prioritäten. Der wesentlich höhere Anteil von Postmaterialisten in den Eliten kann damit nicht durch deren überdurchschnittliche Ausbildung (85 Prozent mit Abitur) bzw. ihre überproportionale Rekrutierung aus den Mittelschichten (nur knapp 15 Prozent aus Arbeiterfamilien) erklärt werden.

Bei den Eliten werden die sozioökonomischen Prädiktoren ganz offensichtlich von einem anderen Faktor überlagert, nämlich von der Parteipräferenz. Die Zahlen in Tabelle 13 zeigen, daß SPD-Politiker und SPD-Anhänger in den Eliten etwa zur Hälfte Postmaterialisten sind, im Vergleich zu gerade 10.9 Prozent bei den SPD-Anhängern in der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu findet sich das Gros der Unionsvertreter und -anhänger in den Eliten in der Mischkategorie oder vertritt materialistische Werte. Für die FDP ergibt sich schließlich das paradoxe Bild, daß sich unter den FDP-Politikern mit 62.5 Prozent noch mehr Postmaterialisten als bei den SPD-Politikern befinden, während die FDP-Anhänger in den Eliten weit unter diesem Prozentsatz liegen. Demgegenüber nehmen sich die Unterschiede zwischen den Anhängern der etablierten Parteien in der Bevölkerung weit weniger dramatisch aus. Hier sind es in erster Linie die Anhänger der Grünen, die sich durch einen sehr hohen Anteil an Postmaterialisten auszeichnen.

Ein Blick auf die untere Hälfte von Tabelle 13 zeigt, daß die Eliten auch in den älteren Kohorten deutlich mehr Postmaterialisten aufweisen. Ansonsten bestätigen die Zahlen den zuvor gefundenen Zusammenhang zwischen Alter und Postmaterialismus-Index. Der Korrelationskoeffizient ist jedoch lange nicht so hoch, wie es der in der jüngsten Alterskohorte gefundene hohe Anteilswert erwarten läßt. Man darf bei der Betrachtung der Kohortenunterschiede eben nicht außer acht lassen, daß der Anteil der jüngsten Alterskohorte (1941–1950) in den politischen Eliten nur 14.3 Prozent und in den anderen Eliten gar nur 4.4 Prozent beträgt, während im Vergleich dazu 39 Prozent der Befragten in der Bevölkerung 1941 und später geboren sind. Bei der Bevölkerung wiederum trägt der auch in der jüngsten Gruppe erst bei einem knappen Viertel liegende Anteil der Postmaterialisten zu dem nur mäßig hohen Korrelationskoeffizienten bei.

Der deutlich engere Zusammenhang von Postmaterialismus und Parteipräferenz in den Eliten deutet darauf hin, daß wir es hier nicht mit einer eigenständigen politischen Dimension zu tun haben. Dies wird noch klarer, wenn man die einzelnen Elitesektoren betrachtet. Während der geringe Anteil der Postmaterialisten in den Wirtschaftseliten nicht weiter verwundert, widerspricht deren weit überdurchschnittlicher Wert in der Gewerkschaftselite der Vermutung Ingleharts, nach der die Tarifpartner dem alten Verteilungskonflikt verhaftet sind und mit ihrer Orientierung auf klassische materialistische Ziele postmaterialistischen Forderungen besonders verständnislos gegenüberstehen. Nach seiner Theorie wäre vielmehr zu erwarten, daß die alte Linke, zu der die Gewerkschaften ja zweifellos gehören, weiterhin materielle Ziele betont, während die neue postmaterialistische Linke eher an Fragen des Lebensstils interessiert ist⁴⁴. Für die Gewerkschaftselite in der Bundesrepublik trifft dies eindeutig nicht zu.

⁴⁴ Inglehart, *The Silent Revolution* (Anm. 9), S. 366; er erwähnt (ebd., S. 287) auch explizit die unterschiedlichen Prioritäten von Altem und Neuem Mittelstand.

Tabelle 13: Parteipräferenz, Alterskohorten und Postmaterialismus in Eliten und Bevölkerung

Partei	Politiker				Andere Eliten				Bevölkerung			
	materialistisch	ge- mischt	post- materialistisch		materialistisch	ge- mischt	post- materialistisch		materialistisch	ge- mischt	post- materialistisch	
SPD	4.1	42.1	53.7		7.8	44.6	47.6		41.0	48.1	10.9	
CDU/CSU	23.3	70.0	6.7		29.4	59.5	11.1		55.2	40.1	4.7	
FDP	12.5	25.0	62.5		15.5	57.5	27.1		38.0	47.2	14.7	
Grüne	—	—	—		0.0	27.6	72.4		13.6	40.3	46.1	
Insgesamt	13.6	53.2	33.2		20.1	53.9	26.0		45.6	43.2	11.2	
<i>Alterskohorte</i> bis einschließlich 1920	26.7	60.0	13.3		30.3	56.7	13.0		60.1	38.0	1.9	
1921–1930	16.2	55.6	28.2		23.3	53.7	23.1		59.9	36.2	3.9	
1931–1940	11.6	53.7	34.7		11.4	55.3	33.2		50.4	44.8	4.8	
1941–1950	5.4	43.2	51.4		4.8	36.5	58.7		35.5	50.1	14.4	
1951 und später	—	—	—		— ^{a)}	—	—		31.2	45.0	23.8	

a) Zwei Fälle in dieser Alterskohorte wurden der Kohorte 1941–1950 zugeschlagen.

Postmaterialismus und Issue-Einstellungen

Die Analyse der Issue-Einstellungen hat deutlich die Zweidimensionalität des Parteiensystems der Bundesrepublik gezeigt. Während die FDP Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU in wirtschaftspolitischen Fragen aufweist, steht sie in gesellschaftspolitischen der SPD näher und in außenpolitischen zwischen den beiden großen Parteien. In allen drei Bereichen nehmen nun die Postmaterialisten eine mit den SPD-Politikern fast identische Position ein. Dies ist allerdings angesichts der Tatsache, daß die SPD-Politiker fast 74 Prozent der Postmaterialisten in den politischen Eliten ausmachen, nicht weiter verwunderlich. Wie aber sieht es in den anderen Eliten aus, in denen die SPD-Anhänger einen deutlich kleineren Anteil der Postmaterialisten stellen? Auch hier unterscheiden sich die Postmaterialisten kaum von den SPD-Anhängern: In Fragen der Gesellschaftspolitik sind sie etwas weniger liberal als die SPD-Politiker, in außenpolitischen Fragen nehmen sie dieselbe Position ein. In wirtschaftspolitischen Fragen schließlich stimmt ihr Mittelwert von 3.7 zwar etwas weniger mit der SPD-Position überein (4.6), jedoch sind sie auch hier weit reformorientierter als FDP-Politiker (2.5) und FDP-Anhänger (2.6).

Die Postmaterialisten in der Bevölkerung stehen ebenfalls in allen drei Issue-Bereichen der SPD näher als der CDU/CSU. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Bevölkerung insgesamt die wirtschaftspolitischen Issues weit homogener beurteilt. Entsprechend ergaben sich für diesen Issue-Bereich auch praktisch keine Differenzen zwischen Materialisten und Postmaterialisten (4.0 zu 4.2) oder zwischen den Anhängern verschiedener Parteien (SPD: 4.3; CDU/CSU: 3.8; FDP: 4.0; Grüne: 4.6). Alle Bevölkerungsgruppen stehen in diesem Bereich der SPD näher als den beiden bürgerlichen Parteien.

Auch die Anhänger der Grünen, unter denen ja der Anteil der Postmaterialisten besonders hoch ist, weisen durchweg eine geringere Distanz zu den Positionen der SPD auf als zu denen der beiden anderen Parteien. Die Daten stützen also die Annahme nicht, daß es sich beim Postmaterialismus um eine eigenständige politische Dimension handelt. Dies gilt zumindest für die untersuchten Issue-Bereiche. Die in der Kernenergiefrage zutagegetretenen deutlichen Unterschiede zwischen den Parteien weisen ferner darauf hin, daß diese in der Lage sind, neue Konfliktstoffe in die bestehende Konfliktstruktur zu integrieren, auch wenn die Eliten hier insgesamt stark von der Bevölkerung abweichen.

Dasselbe gilt für die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala. Die Postmaterialisten in der Bevölkerung ordnen sich hier mit einem Mittelwert von 4.0 ähnlich wie die Anhänger der Grünen (4.3) in der Nähe der SPD-Position (3.8) ein. Dies ist deutlich links vom Bevölkerungsdurchschnitt (5.5) und sogar noch links von den SPD-Anhängern in der Bevölkerung (4.9). In Bezug auf die untersuchten Issue-Positionen ist also der Interpretation Ingleharts zuzustimmen, daß der politische Tageskonflikt die Reduzierung der Konfliktstoffe auf eine einzige Dimension begünstigt, auf der die Postmaterialisten verhältnismäßig weit links angesiedelt sind⁴⁵.

45 Inglehart, Traditionelle politische Trennungslinien (Anm. 41), S. 151 ff.

Postmaterialismus und die Bewertung politischer Ziele

Bei der Interpretation der Ergebnisse für die Issue-Positionen der Postmaterialisten ist nun allerdings zu berücksichtigen, daß die Inglehartsche Theorie sich in erster Linie auf Prioritäten und weniger auf Positions-Issues bezieht. Es soll daher zusätzlich noch untersucht werden, inwieweit sich die Postmaterialisten in ihrer Bewertung der Bedeutung politischer Ziele von anderen Befragten und von den Parteipolitikern unterscheiden. Beim Vergleich zwischen Bevölkerung und Eliten ergibt sich bei der Interpretation der Ergebnisse allerdings, daß das Forderungsniveau⁴⁶ in der Bevölkerung durchweg höher ist als das der Eliten, so daß beispielsweise auch Personen mit materialistischer Priorität ein so typisches Issue der Neuen Politik wie den Umweltschutz höher einstufen als die SPD-Politiker. Vergleiche zwischen Eliten und Bevölkerung sind dadurch schwieriger als bei den Positions-Issues, bei denen die Positionen der Partieliten normalerweise die Grenzen des politischen Spektrums definieren. Von daher sollen in erster Linie die Rangplätze der Ziele und weniger die Mittelwerte zur Interpretation herangezogen werden.

Von den 25 vorgegebenen Zielen sind 17 eindeutig als eher materialistisch oder eher postmaterialistisch zu klassifizieren. Es wurde dabei bewußt *keine* empirische, sondern eine *a priori* begründete Zuordnung vorgenommen. Weder die Unterschiede zwischen Postmaterialisten und Materialisten noch die Faktorenladungen der einzelnen Ziele auf einer Hauptkomponentenanalyse erschienen dafür angemessen, da sie im Grunde genommen eine tautologische Zuordnung darstellen: Als postmaterialistische bzw. materialistische Items werden solche Ziele klassifiziert, die Postmaterialisten und Materialisten empirisch voneinander unterscheiden. Will man jedoch überprüfen, ob die mit Hilfe des Postmaterialismus-Index gebildeten Typen sich tatsächlich in der Bedeutung unterscheiden, die sie verschiedenen politischen Zielen beimessen, so ist eine unabhängige Klassifizierung erforderlich.

Zunächst wurde geprüft, in welchen Zielen Postmaterialisten und Materialisten nur wenig differieren, d. h. einen Mittelwertsunterschied von weniger als 1.5 aufweisen. Dies ist allein für fast die Hälfte, nämlich 8 der 17 Issues in Tabelle 14, der Fall, auch wenn die vorhandenen Unterschiede alle in die erwartete Richtung gehen. Umgekehrt weisen zwei nicht eindeutig klassifizierbare Ziele, nämlich „Gute Beziehungen zu den USA“ und die „Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft“, deutliche Unterschiede sowohl zwischen Materialisten und Postmaterialisten als auch zwischen den Parteien auf. Die Bedeutung, die ihnen von den Materialisten zugeschrieben wird, könnte dahingehend interpretiert werden, daß sie offensichtlich als Voraussetzungen für die Äußere Sicherheit und den materiellen Wohlstand der westlichen Industrienationen angesehen werden.

Die in Tabelle 14 enthaltenen Rangplätze der einzelnen Ziele zeigen deutlich, daß sich Materialisten und Postmaterialisten in ihrer Bewertung politischer Ziele

⁴⁶ Diesen Begriff prägte Arzberger im Rahmen eines ähnlichen Vergleichs der Wichtigkeitseinstufungen politischer Ziele durch Eliten und Bevölkerung auf lokaler Ebene. Vgl. Klaus Arzberger, *Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik*, Stuttgart: Kohlhammer 1980, S. 96.

Table 14: Mittelwerte und Rangplätze für materialistische und postmaterialistische Ziele^{a)}

	Bevölkerung				Politische Eliten					
	Materialisten		Post-materialisten		SPD		CDU/CSU		FDP	
	\bar{X}	Rang	\bar{X}	Rang	\bar{X}	Rang	\bar{X}	Rang	\bar{X}	Rang
<i>Materialistische Ziele</i>										
Preisstabilität	9.3	1	7.5	13	6.6	15	7.9	9	7.4	8
Innere Sicherheit	8.9	7	7.1	17	6.7	12	8.1	6	7.3	11
Wirtschaftswachstum	8.0	12	5.3	23	6.4	18	7.2	15	6.8	16
Bekämpfung des Terrorismus	9.1	5	6.4	20	6.4	18	7.8	11	7.0	13
Verminderung der Staatsverschuldung	9.1	5	7.2	15	5.6	23	8.5	5	6.8	16
Sicherung der Verteidigungsbereitschaft	7.4	16	4.3	25	6.2	22	8.8	2	7.0	13
Sicherung der Renten	9.2	3	8.2	7	7.5	7	7.5	13	7.3	11
Energieversorgung	9.2	3	8.0	8	8.1	4	8.9	1	7.8	4
Vollbeschäftigung	9.3	1	8.5	6	8.9	2	8.0	7	6.9	15
<i>Postmaterialistische Ziele</i>										
Verbesserung des Bildungswesens	6.3	22	7.8	11	6.7	12	6.1	20	6.5	21
Entspannung	8.4	10	9.0	3	9.0	1	6.5	18	8.5	2
Umweltschutz	8.0	12	9.1	2	7.6	6	6.9	16	7.4	8
Schutz der Grundrechte	8.6	8	9.5	1	8.8	3	8.0	7	9.1	1
Verbesserung des städtischen Lebensraums	7.0	19	7.8	11	6.8	11	6.2	19	6.4	22
Unabhängigkeit der Medienberichterstattung	7.0	19	8.9	4	7.8	5	7.9	9	7.6	6
Datenschutz	7.3	17	8.7	5	6.4	18	5.4	23	6.7	18
Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien	4.5	25	6.9	18	7.5	7	5.8	22	6.6	19

a) Skalenwerte von 0 = sehr unwichtig bis 10 = sehr wichtig.

Bei den Rangplätzen handelt es sich um die aggregierte Rangordnung der Gruppenmittelwerte: höchster Rang = 1, niedrigster Rang = 25. Bei Gleichstufungen wurde jeweils der gleiche (höhere) Rangplatz vergeben.

wie theoretisch postuliert verhalten. Sechs der neun materialistischen Ziele stehen bei den Materialisten auf den ersten Rangplätzen und erhielten Mittelwerte von 9.1 und höher. Das erste postmaterialistische Ziel, der „Schutz der Grundrechte“, folgt hingegen erst auf Rangplatz 8 mit einem Mittelwert von 8.6. Umgekehrt haben die Postmaterialisten die ersten fünf Ränge an postmaterialistische Ziele vergeben, erst auf dem sechsten Rang folgt die Vollbeschäftigung.

Die Parteipolitiker weisen demgegenüber deutlich andere Präferenzordnungen auf. Bei den Unionspolitikern folgen auf die an erster Stelle liegenden Ziele „Energieversorgung“ und „Sicherheit der Verteidigungsbereitschaft“ unmittelbar die – nicht klassifizierten – Ziele „Gute Beziehungen zu den USA“ und „Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft“. Als erste postmaterialistische Ziele stehen der „Schutz der Grundrechte“ an siebter und die „Unabhängigkeit der Medienberichterstattung“ an neunter Stelle. Die SPD-Politiker vergaben vier ihrer ersten sechs Rangplätze an postmaterialistische Ziele. Jedoch liegen die materialistischen Ziele „Vollbeschäftigung“, „Energieversorgung“ und „Sicherung der Renten“ bereits auf dem zweiten bzw. vierten Rang. Bei der FDP schließlich rangieren die beiden postmaterialistischen Ziele „Schutz der Grundrechte“ und „Entspannungspolitik“ ganz oben, dicht gefolgt von der „Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft“ und den „Guten Beziehungen zu den USA“. Auch ihnen liegt die „Energieversorgung“ als wichtigstes materialistisches Ziel (Rang 4) am Herzen.

Während sich bei den Positions-Issues also kein Ansatzpunkt für eine neue Dimension politischen Konflikts erkennen ließ, weichen die Postmaterialisten in der Rangordnung ihrer politischen Zielvorstellungen deutlich von den Politikern der etablierten Parteien ab. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse darf man nun allerdings nicht aus dem Auge verlieren, daß die hohe Konsistenz der Issuepräferenzen der Postmaterialisten und Materialisten zu einem Gutteil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Zuordnung zu diesen Gruppen aufgrund einer inhaltlich sehr ähnlichen Frage nach der Rangordnung von vier politischen Zielen vorgenommen wurde. Parteizugehörigkeit bzw. Parteipräferenz ist demgegenüber eine davon unabhängige Variable, so daß hier von vornherein keine so hohe Konsistenz erwartet werden kann. Insofern ist es ein theoretisch fragwürdiges Vorgehen, die Gesamtgruppe der Befragten aufgrund einer Einstellungsvariablen zu unterteilen und dann die Existenz einer neuen Konfliktdimension zu postulieren, weil sich die so definierte Gruppe systematisch vom Rest der Befragten unterscheidet. Solche Unterschiede lassen sich natürlich für beliebige Variablen bilden. Sie sind jedoch von geringer Relevanz, solange sie nicht in organisierter Form artikuliert und in den politischen Willensbildungsprozeß eingebracht werden, wie das z.B. durch die Grünen oder durch diverse Bürgerinitiativen geschieht.

Literatur

- Arzberger, Klaus, *Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik*, Stuttgart: Kohlhammer 1980.
 Baker, Kendall L. / Russell J. Dalton / Kai Hildebrandt, *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge: Harvard University Press 1981.

- Barton, Allen H., Consensus and Conflict Among American Leaders, in: *Public Opinion Quarterly*, 38. Jg. 1974, S. 507–530.
- Berger, Manfred / Wolfgang G. Gibowski / Dieter Roth / Wolfgang Schulte, Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur. Oder: Wider die falsche Einheit der Wahlforschung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 8. Jg. 1977, S. 197–231.
- Beyme, Klaus von, Do Parties Matter?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22. Jg. 1981, S. 343–358.
- ders., Once Again: Do Parties Matter?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 23. Jg. 1982, S. 204–210.
- Böltken, Ferdinand / Wolfgang Jagodzinski, Postmaterialismus in der Krise, in: *ZA-Information*, H. 12, 1983, S. 11–20.
- Budge, Ian / Dennis Farlie, Party Competition – Selective Emphasis or Direct Confrontation? An Alternative View with Data, in: Hans Daalder / Peter Mair (Hrsg.), *Western European Party Systems. Continuity and Change*, London: Sage Publications 1983, S. 267–305.
- Deth, Jan W. van, The Persistence of Materialist and Postmaterialist Value Orientations, in: *European Journal of Political Research*, 11. Jg. 1983, S. 63–79.
- Fliszar, Fritz / Wolfgang G. Gibowski, Die Wähler der Parteien, in: *liberal*, 26. Jg. 1984, S. 67–78.
- Guggenberger, Bernd / Udo Kempf, Vorbemerkung, in: dies. (Hrsg.), *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 9–22.
- Feist, Ursula / Klaus Liepelt, Machtwechsel in Raten: Das Parteiensystem auf dem Weg zur Mitte, in: *transfer 2. Wahlforschung: Sonden im politischen Markt*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 26–56.
- Hildebrandt, Kai / Russell J. Dalton, Die Neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik?, in: Max Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, S. 230–256.
- Hoffmann-Lange, Ursula, *Politische Einstellungsmuster in der westdeutschen Führungsschicht*, Diss., Mannheim 1977.
- dies., Eliteforschung in der Bundesrepublik, in: *aus politik und zeitgeschichte*, H. 47, 1983, S. 11–25.
- dies. / Klaus Schönbach, Geschlossene Gesellschaft. Berufliche Mobilität und politisches Bewußtsein der Medienelite, in: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.), *Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten*, Freiburg: Karl Alber Verlag 1979, S. 49–75.
- dies. / Helga Neumann / Bärbel Steinkemper, *Konsum und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M.: Peter Lang 1980.
- Inglehart, Ronald, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press 1977.
- ders., Traditionelle Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24. Jg. 1983, S. 139–165.
- ders., New Perspectives on Value Change: Response to Lafferty and Knutsen, Savage, and Böltken and Jagodzinski, in: *Comparative Political Studies*, 17. Jg. 1984 (im Druck).
- Kaack, Heino, Das Volksparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland und die Situation der FDP, in: Lothar Albertin (Hrsg.), *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980, S. 32–47.
- Kaase, Max, Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173–189.
- Klages, Helmut / Peter Kmiecik (Hrsg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt a.M.: Campus 1979.
- Klingemann, Hans-Dieter, *Election Programs in West-Germany*, Projektbericht, Freie Universität Berlin 1984.
- Kutteroff, Albrecht, Politische Macht und Massenmedien. Veränderungen der politischen Kommunikation und des journalistischen Selbstverständnisses, in: Jürgen W. Falter / Christian Fenner / Michael Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 372–380.
- Lederer, Katrin / Peter Knoepfel, Menschliche Bedürfnisse und Parteipolitik, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 69–86.

- Lipset, Seymour Martin / Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments*, New York: Free Press 1967, S. 1–64.
- Narr, Wolf-Dieter, *Parteienstaat in der BRD – ein Koloß auf tönernen Füßen, aber mit stählernen Zähnen*, in: ders. (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 7–25.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, *Das doppelte Meinungsklima. Der Einfluß des Fernsehens im Wahlkampf 1976*, in: Max Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, S. 408–451.
- Pappi, Franz Urban, *Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht*, in: Max Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, S. 195–229.
- Pedersen, Mogens N., *Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948–1977: Explorations in Explanations*, in: Hans Daalder / Peter Mair (Hrsg.), *Western European Party Systems. Continuity and Change*, London: Sage Publications 1983, S. 29–66.
- Putnam, Robert D., *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall 1976.
- Scheer, Hermann, *Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie*, München: Piper 1979.
- Schmidt, Manfred G., *Staatliche Politik, Parteien und der politische Unterbau*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 23. Jg. 1982, S. 199–203.
- Schultze, Rainer-Olaf, *Wählerverhalten und Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Westeuropas Parteiensysteme im Wandel*, Stuttgart: Kohlhammer 1983, S. 9–44.
- Schütz, Walter J., *Deutsche Tagespresse 1983*, in: *Media Perspektiven*, H. 3, 1983, S. 181–203.
- Steinkemper, Bärbel, *Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik Deutschland*, Köln: Heymanns 1974.
- Steinkemper, Hans Günter, *Amtsträger im Grenzbereich zwischen Regierung und Verwaltung. Ein Beitrag zur Problematik der Institution des politischen Beamten in der Bundesexekutive*, Frankfurt a.M.: Peter Lang 1980.
- Veen, Hans-Joachim / Peter Gluchowski, *Tendenzen der Nivellierung und Polarisierung in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD von 1959 bis 1983. Eine Fortschreibung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 14. Jg. 1983, S. 545–555.